

Ein Dossier des Konsortium Ziviler Friedensdienst  
in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

# Frieden auf der globalen Entwicklungsagenda

Beiträge für einen positiven Frieden

**zfd** Ziviler Friedensdienst



Mit finanzieller Unterstützung des

**BMZ**  Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von  
Krieg. In Guatemala müssen die Wunden  
der Vergangenheit erst noch heilen.

Foto: James Rodriguez



**Carsten Montag**  
ist Leiter der Abteilung Projekte und  
Programme beim *forum*ZFD und  
Sprecher des Konsortium ZFD.



**Martin Vehrenberg**  
ist stellvertretender Geschäftsführer  
der Arbeitsgemeinschaft für Entwick-  
lungshilfe (AGEH) und Sprecher  
des Konsortium ZFD.

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2015 nähert sich mit großen Schritten. Es ist ein entscheidendes Jahr, in dem sich die internationale Gemeinschaft an der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele messen lassen müssen. Es besteht Einigkeit darüber, dass das bisher Erreichte nicht das Ende der weltweiten Anstrengungen um eine gerechtere Welt sein kann, sondern ein Schritt, dem weitere folgen werden.

Wir nehmen die aktuelle Diskussion um die Post-2015-Agenda zum Anlass, in diesem Dossier Anstrengungen für einen positiven Frieden darzustellen. In der Debatte um die zukünftigen Entwicklungsziele gewinnen diese an Bedeutung; lesen Sie dazu das Interview auf den folgenden Seiten. Wie herausfordernd die Aufgabe der Integration von Frieden in die Post-2015-Agenda dennoch ist, zeigt Marc Baxmann auf.

Wir haben Praktikerinnen, Praktiker, Partnerinnen und Partner des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) gebeten, die Frage des „Wie?“ auf der Grundlage ihrer Erfahrungen zu beantworten. In der Post-2015-Debatte sind vier Aspekte für das Friedensthema zentral: die Freiheit von Verfolgung und Diskriminierung, der Zugang zum Justizwesen und zu Gerechtigkeit, die politische Partizipation und die Meinungs- und Pressefreiheit. Auf diese Eckpunkte beziehen sich die Beiträge in diesem Heft – sie geben Einblicke in die Arbeit des ZFD und unserer Partner auf den Philippinen, in Guatemala, im Ost-Kongo und in Palästina.

Im Rahmen ZFD werden in vielen Projekten mit den Partnern vor Ort bereits heute zentrale Aspekte aus dem Bereich Frieden der Post-2015-Agenda umgesetzt. Als Konsortium ZFD freuen wir uns darauf, diese Ansätze auch in Zukunft in die Umsetzung der globalen Agenda einzubringen.

Wir wünschen eine interessante Lektüre!

### 3 Orientierung am positiven Frieden

Ein Gespräch über die zukünftige Ausrichtung des Zivilen Friedensdienstes und die Rolle von Frieden als Bestandteil der Post-2015-Agenda

### 8 Globaler Wunsch nach Frieden

Die Post-2015-Agenda muss die Brücke zwischen Frieden, Entwicklung und Nachhaltigkeit schlagen  
Marc Baxmann

### Praxisbeispiele zu zentralen Aspekten von Frieden:

#### 11 Recht auf Erinnerung

Der Prozess gegen Ex-Diktator Efraín Ríos Montt hat in Guatemala das Schweigen über die Vergangenheit gebrochen  
Knut Henkel

#### 13 Gerechtigkeit ist heilsam

Vergangenheitsarbeit ist in Guatemala eine wichtige Säule der Friedensarbeit  
Kathrin Zeiske

#### 15 Selbstzensur aus Angst und Armut

Im Konfliktgebiet Ost-Kongo existiert die Meinungs- und Pressefreiheit nur auf dem Papier  
Judith Raupp

#### 18 Die Bevölkerung muss eine Stimme haben

Der Friedensprozess und gewaltfreie Konfliktbearbeitung auf Mindanao  
Regina Salvador-Antequisa

#### 22 Widerstand auf Palästinensisch

Gewaltfreie Initiativen in der Westbank  
Martin Schäuble

#### 24 Wenn Gegner die Waffen niederlegen

Die Arbeit der Combatants for Peace in Israel und Palästina  
Sebastian Bonse

# Orientierung am positiven Frieden

Ein Gespräch über die zukünftige Ausrichtung des Zivilen Friedensdienstes und die Rolle von Frieden als Bestandteil der Post-2015-Agenda

Foto: LUNDP



Friedensbildung und konstruktiver Konfliktbearbeitung ist bei der Formulierung der Millenniumsziele (MDGs) zu wenig Beachtung geschenkt worden. Das stellte 2013 ein hochrangiges Gremium im MDG-Nachfolgeprozess fest. Dieses Versäumnis soll nun mit der Post-2015-Agenda behoben werden. Parallel dazu wurde die Reform des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) abgeschlossen. Orientierung liegt auf globaler und lokaler Ebene im Leitbild des positiven Frieden – ein gutes Vorbild, meinen Anthea Bethge,

Geschäftsführerin von EIRENE, und Carsten Montag, Leiter der Abteilung Projekte und Programme des *forumZFD* und Sprecher des Konsortium ZFD.

Halten Sie es für einen Zufall, dass der Zivile Friedensdienst und die Millenniumsentwicklungsziele fast zeitgleich entstanden sind?

Montag: Es waren unterschiedliche Prozesse, die zum ZFD und zu den MDGs geführt haben, aber beide waren Produkte ihrer Zeit. Ich bezweifle, dass die MDGs und der ZFD in völlig unterschiedlichen zeitlichen Kontexten entstanden wären.

Gemeinschaften in Ruanda tragen ihre Erwartungen an die Post-2015-Agenda zusammen. Das Land ist immer noch von den Nachwirkungen von Krieg und Völkermord geprägt.

Bethge: Die Grundbegriffe, die den ZFD sozusagen hervorgebracht haben, sind „Gerechtigkeit“, „Frieden“ und „Bewahrung der Schöpfung“. Die Vorstellung eines positiven Friedens als Referenzrahmen für das Handeln geht ganz weit zurück in die Wurzeln der Bewegung hinein, aus der der ZFD entstanden ist. Schon im Konziliaren Prozess in den 1980er Jahren haben sich die Kirchen verpflichtet, Menschen zu qualifizieren, die helfend in Konflikten eingreifen können, als lokales und als konfliktfremdes – in dem Sin-

ne internationales – Personal. Es ging um internationale solidarische Professionalität und lokale Professionalität. In den 1990er Jahren hat das weiter Gestalt angenommen. „Gerechtigkeit“, „Frieden“ und „Bewahrung der Schöpfung“ waren letztlich auch Vorläufer der Millenniumserklärung. Dass Frieden jetzt in der Post-2015-Agenda eine stärkere Bedeutung erhalten soll, finde ich sehr gut, vor allem weil eine solche weiterentwickelte Weltagenda ein starkes Signal für einen positiven Frieden setzen kann.

Der Report „Eine neue globale Partnerschaft: Armut beenden und Wirtschaftssysteme durch nachhaltige Entwicklung transformieren“ ist im Rahmen der Arbeit der Vereinten Nationen für eine neue Entwicklungsagenda entstanden und wurde von einer hochrangigen Expertengruppe formuliert, die UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ins Leben gerufen hat. In diesem Report werden Frieden und gute Regierungsführung im gleichen Atemzug genannt. Was bedeutet diese Einordnung aus Sicht des ZFD?

**Bethge:** In dem Bericht wird empfohlen, den Ursachen für Gewalt entgegenzuwirken. Genannt werden hier Armut und Arbeitslosigkeit. Die Kausalität ist aber eigentlich die folgende: Es sind nicht genug Mittel vorhanden – deshalb auch Armut und Arbeitslosigkeit – und eine nicht transparente Regierungsführung bewirkt, dass die knappen Mittel ungerecht verteilt werden. Dadurch fühlt sich die eine Gruppe arm gemacht und die andere Gruppe hat die Mittel, die arm Gemachten noch ärmer zu machen. Das führt nicht selten zu Gewalt. Die beginnt häufig auf der Seite des Stärkeren, der Schwächere reagiert darauf dann auch mit Gewalt. Armut und Arbeitslosigkeit findet man daher oft vor, wenn es zu Gewalt kommt, sie sind aber weniger Ursache als vielmehr Konsequenz einer schlechten Regierungsführung und einer ungleichen Verteilung von Ressourcen.

**Montag:** Es ist daher wichtig, dass gesellschaftliche Ressourcen und Beiträge für eine gewaltfreie Transformation von Konflikten konsequenter genutzt werden. Beides sollte stärker als bisher in gesellschaftliche Diskurse und staatliches Handeln einfließen.

Wie ein wichtiger Beitrag dazu aussehen kann, bei dem eine Vielzahl verschiedener lokaler, nationaler und internationaler Akteure dasselbe Ziel – nämlich das eines positiven Friedens – verfolgt, lässt sich bereits heute sehr gut am Zivilen Friedensdienst sehen. Dieses Ziel beinhaltet die Bekämpfung und Überwindung der Ursachen von Gewalt.

Was verbinden Sie mit diesem Begriff? Inwiefern kann „positiver Frieden“ heute Orientierung und Handlungsanleitung sein?

**Bethge:** Ganz grundsätzlich geht es bei der Konfliktbearbeitung nicht nur um den negativen Frieden – also nicht nur darum, dass gerade keiner schießt. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Vielmehr geht es um die Fülle des Lebens: um die Freiheit von Not, Angst, Gewalt oder Unrecht – also auch die Abwesenheit struktureller Gewalt.

Bei unseren Ausreisekursen fragen die Freiwilligen und Fachkräfte sich: „Bin ich schon weit genug? Kann ich schon alles, was ich für den Dienst benötige?“ Ich sage ihnen dann, dass sie sich auch fragen sollten: „Habe ich ein Bild von positivem Frieden? Glaube ich, dass die Menschen – die Zielgruppe meiner Arbeit – einmal gut und in Frieden leben können?“ Positiver Frieden ist nicht nur als Konzept wirkmächtig, sondern dient auch der Motivation der Menschen, die im ZFD arbeiten.

Wodurch genau zeichnet sich positiver Frieden aus?

**Bethge:** Eine fertige, allgemeingültige Antwort darauf lässt sich nicht geben. Denn die praktische Anwendung eines positiven Friedens ist situations- und kulturgebunden, es werden Ansätze, Bilder und Konzepte aus verschiedenen Kulturen zusammengebracht. Einerseits gibt es globale Konzepte wie die Menschenrechte und andererseits wird positiver Frieden immer auch lokal in konkrete Formen gebracht.

Ist es beispielsweise für die Verwirklichung eines gerechten Geschlechterverhältnisses wichtig, dass Frauen und Männer identisch behandelt werden, oder ist es wichtig, dass sie gleichgewichtig behandelt werden? Muss der Mann genauso viele Teller wie die Frau

*Zu Recht wird gefragt, weshalb nicht Menschen aus anderen Ländern auf die Bearbeitung von Konflikten hier Einfluss nehmen sollten.*

Foto: Isabella Bauer



Carsten Montag ist Leiter der Abteilung Projekte und Programme beim forumZFD und Sprecher des Konsortium ZFD.

spülen oder können beide Partner die unbezahlte, aber notwendige Arbeit so untereinander aufteilen, dass beide Anerkennung dafür bekommen und gleich viel Freizeit genießen können? Es mag zur Lösung dieser Aufgabe unzählige Antworten geben, die auch davon abhängen, welche kulturellen und politischen Rahmenbedingungen herrschen. Ihnen allen ist jedoch gemein, dass sie darauf vertrauen, dass es keinen Kampf der Geschlechter geben muss, bei dem am Ende nur der Sieger oder die Siegerin zufrieden ist.

**Montag:** Für mich beinhaltet der Begriff daneben den kleinen, aber ganz wichtigen Schritt, nicht nur zu sagen, ich will keine Gewalt mehr, sondern mich auch zu fragen, was ich will, und dann mit meinem Gegenüber in einen Aushandlungs- und Lernprozess zu treten. Darin kristallisiert sich etwas heraus, das langfristig trägt und uns beiden etwas bringt. So wird eine positive Vision mit Leben gefüllt

Folgt man der Diskussion um die „Post-2015-Agenda“, bekommt man den Eindruck, dass sich alle einig sind: Frieden, Sicherheit und Entwicklung gehören eng zusammen. Wo stimmen aus Sicht des ZFD die Ansätze, wo sollte nachgebessert werden?



Dr. Anthea Bethge ist Geschäftsführerin von EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V..

*Es müssen nicht immer nur deutsche Menschen als Friedensfachkräfte entsandt werden. Je nach Konfliktlage können Menschen aus anderen Kulturen bessere Dienste leisten.*

**Bethge:** Ich warte ja immer noch auf die kongolesische ZFD-Fachkraft in Deutschland, die in einem Projekt arbeitet, das sich mit dem verschwenderischen Autokonsum in Deutschland befasst und für einen verantwortungsvolleren Umgang mit Ressourcen einsetzt. Wir brauchen dafür eine ZFD-Fachkraft, weil es in diesem Zusammenhang zu gesellschaftlichen Konflikten kommt. Das ist vielleicht ein etwas kurioses Beispiel, aber es zeigt, wie sich die partnerschaftliche Zusammenarbeit in Zukunft verändern sollte.

Welche Punkte aus der Diskussion über die Post-MDG-Agenda sind für Sie daneben besonders interessant?

**Bethge:** Spannend finde ich die Verbindung zwischen Peacebuilding und dem Aufbau effektiver, transparenter und rechenschaftspflichtiger öffentlicher Institutionen – da sehe ich aktuell auch im ZFD staatliche Organisationen und die Zivilgesellschaft von verschiedenen Seiten daran arbeiten. Ich bin froh, dass diese Punkte in der Post-MDG-Agenda aufgegriffen werden, aber auch, dass Frieden dort als Querschnittsthema behandelt wird. Die MDGs waren sehr gesundheits- und bildungsorientiert, es ist gut, dass der Friedensaspekt nun stärker ausbuchstabiert wird – etwa wenn es um die Vermeidung von Gewaltopfern, das Ende aller Formen von Gewalt an Kindern, den Zugang zum Rechtswesen und das Eindämmen externer Konfliktfaktoren geht.

Diskutiert wird auch, nicht mehr strikt in Nord-Süd, Gebern und Nehmern, Entsendern und Empfängern zu denken. Es wäre toll, wenn die Post-2015-Agenda in dieser Richtung nachlegen würde.

Geldtransfers werden noch länger von reicheren in ärmere Länder laufen und das ist wahrscheinlich auch fair und gerecht. Aber es gibt keinen Grund, dass Programme der personellen Zusammenarbeit sich nicht ändern könnten. Es müssen nicht immer nur deutsche Menschen als Friedensfachkräfte

entsandt werden. Je nach Konfliktlage können Menschen aus anderen Kulturen mit anderen historischen Erfahrungen bessere Dienste leisten. Ich wünsche mir professionelle Friedenteams, die vielfältige internationale Perspektiven in lokale Vorhaben zur Bearbeitung globaler Konflikte einbringen.

Vier zentrale Punkte werden in dem Report als besonders entscheidend für die Schaffung von Frieden genannt: Die Freiheit von Verfolgung und Diskriminierung, der Zugang zum Justizwesen und zu Gerechtigkeit, die politische Partizipation und die Meinungs- und Pressefreiheit. Welche praktischen Erfahrungen existieren zu diesen Punkten schon im ZFD?

**Bethge:** Nehmen wir zum Beispiel den „Zugang zu Justizwesen und Gerechtigkeit“ und fragen uns, was macht der Zivile Friedensdienst da anders als andere Akteure, etwa im Vergleich mit einer Verwaltungsberatung der OSZE. Im Zivilen Friedensdienst würde es nicht um eine Budgetförderung für das Justizwesen eines Landes gehen, sondern darum, traditionelle Schlichtungsstrukturen zu formalisieren. Häufig greifen kommunale Gesetzgebungen ja bereits auf, dass es traditionelle Schlichtungsmechanismen geben muss. Diese der Bevölkerung bekannt zu machen und die als Schlichterinnen oder Schlichter bestellten Menschen zu qualifizieren, damit die breite Bevölkerung Zugang zu Gerechtigkeit hat, das ist ein typischer Ansatz des ZFD.

Können Sie dafür Beispiele nennen?

**Bethge:** Wir erleben bei Dezentralisierungsprozessen etwa im Niger und vielleicht auch demnächst im Kongo, dass es auf Dorfebene Landrechtskommissionen geben soll. Es geht darum, Streitfälle um Besitz an Land, vor allem bei Erbschaft und unklaren Grenzverläufen, vor Ort mit der Möglichkeit einer Ortsbeurteilung und der Befragung der Nachbarn zu schlichten. Die zügige Schlichtung ist lebensnotwendig, da Zugang zu Land Zugang zu Nahrung bedeutet. Dies gilt besonders für Witwen und Waisen. Die staatlichen Gerichte sind oft weit weg und wenig zugänglich für arme Menschen. Die Idee von Schlichtungskommissionen ist nicht neu, sondern greift die traditionellen Formen der Konfliktbear-

## Die Evaluierung des Zivilen Friedensdienstes

Der ZFD hat sich in den vergangenen Jahren mit der Weiterentwicklung seiner Zielsetzung beschäftigt. Er hat Empfehlungen aus einer unabhängigen Evaluierung aufgegriffen, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2009 beauftragt hatte. Der Evaluierungsprozess dauerte bis zum Frühjahr 2011 an.

Eine der darin identifizierten Stärken des ZFD ist die Vielfalt der Träger – sie bringt auch eine Vielfalt von Zugängen, Partnern und Ansätzen mit sich. Durch die Friedensfachkräfte entstehen externe Perspektiven auf den Konfliktkontext. Diese stärken das Potential der Partnerorganisationen. Die ZFD-Projekte führen laut dem Evaluierungsbericht vor allem auf lokaler Ebene zu zahlreichen positiven Veränderungen.

In der Evaluierung wurde aber auch festgestellt, dass der Wirkungsbereich des ZFD auf eine breitere lokale und nationale Interventionsebene ausgedehnt werden sollte. Gemeinsame Standards, Profil und Identität des ZFD (der ZFD als gemeinsames strategisches Vorhaben mit gemeinsamen Richtlinien) sollten gestärkt werden. Daneben sollte in Zukunft ergebnisorientiertes Management stärker in den Fokus rücken.

Die Empfehlungen der Evaluierung hat das Gemeinschaftswerk ZFD, also die neun ZFD-Trägerorganisationen und das BMZ, in einem zweijährigen Reformprozess aufgegriffen. Gemeinsam sind Grundsätze, Verfahren wie auch die Rollen der verschiedenen Akteure diskutiert und reformiert worden. Dieser Reformprozess wurde zwar Anfang 2014 abgeschlossen, ist aber nicht beendet: Der ZFD wird kontinuierlich weiterentwickelt. Eine Zusammenfassung zentraler Aspekte der Reform ist online unter <http://ziviler-friedensdienst.org/de/publikation/ziviler-friedensdienst-zfd-kompakt-einzusehen>.

Sebastian Bonse

beitung auf. Im Rahmen von nationalen Gesetzgebungen bekamen sie neue Formen und neue Regeln. Mit diesen sind jedoch die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner nicht vertraut gemacht worden.

Zum Beispiel erhält der Dorfvorstand eine Aufforderung vom Landrat: Die Gemeinde soll ihm sieben Personen nennen, die zukünftig die Landrechtskommission des Dorfes bilden. Von diesen Sieben sollten möglichst zwei Frauen sein und der Sekretär muss lesen und schreiben können. Wenn alles schief läuft, sitzen dann in der Kommission die komplett falschen Leute, die den Witwen und Waisen ihr Land wegnehmen, und es werden Macht- und Gewaltstrukturen fortgeführt. Wenn alles richtig läuft, ist das eine vortreffliche Chance für mehr Gerechtigkeit, durch Inwertsetzung akzeptierter Verfahren, die basisnaher, öffentlicher und damit zumeist weniger korruptionsanfällig sind. Damit diese Chance genutzt werden kann, müssen zivilgesellschaftliche Kräfte ihre Aufgaben wahrnehmen und transparente Besetzungsverfahren und juristische Basisbildung für die Kommissionsmitglieder einfordern. Dazu müssen sie qualifiziert werden – und das leistet eben der ZFD.

**Montag:** In der Kombination friedenspolitischer und entwicklungspolitischer Praxis und Fachlichkeit fördern die ZFD-Fachkräfte in Projekten vor Ort einen im Alltag erlebbareren Frieden (local people's peace). Das bestätigt der Bericht zur Evaluierung des ZFD aus dem Jahr 2011. Die Fachkräfte leisten auf Augenhöhe mit einheimischen Partnern und lokalen Fachkräften einen wichtigen Beitrag, soziale Beziehungen in der lokalen Gesellschaft aufzubauen. Der ZFD ist so ein Baustein für die Schaffung von positivem Frieden. Mit diesem Dossier stellen wir dazu ja eine ganze Reihe von Momentaufnahmen aus der Praxis des ZFD vor.

Wie wirkt sich der Reformprozess, den der ZFD durchlaufen hat (siehe Kasten), auf seine Fähigkeit aus, für positiven Frieden einzutreten?

**Bethge:** Ein Element der Reform ist die Strategiebildung der jeweiligen ZFD-Träger vor Ort mit den Partnern vor Ort, BMZ und



Foto rechts: UN Photo/Iskinder Debebe  
Foto unten: UN Photo/Stasjon Winter

Auswärtigem Amt. Alle Organisationen – die hier und die vor Ort – tauschen dazu ihre Informationen über einen Konflikt in einem bestimmten Land aus. Wo EIRENE bisher daran beteiligt war, sind wir wirklich klüger aus diesen Prozessen herausgegangen. Wir haben nicht nur mehr über die Ansätze der einzelnen Partner gelernt, sondern auch mehr darüber erfahren, wie das Gesamtkonfliktszenario wahrgenommen wird. Diese gemeinsamen Verständigungsprozesse haben durchaus erstaunliche Ergebnisse: Wir konnten uns im ZFD auf eine Strategie nicht nur zur DR Kongo, sondern auch zu Palästina einigen, einen Ansatz, der sich in Zukunft weiter verfolgen lässt und der vielleicht auch anderen als Vorbild dienen kann.

**Montag:** Was ich in der Evaluierungsphase zunächst nicht vermutet hätte, ist, dass wir in einen so intensiven Austausch zwischen uns Trägern im Konsortium ZFD, auf der einen, und dem BMZ auf der anderen Seite treten werden. Die hat bereits zu einer neuen



Oben: Meeting der Expertengruppe zur Post-2015-Agenda 2012 im UN-Hauptquartier in New York. In ihrem Bericht betont sie die Bedeutung von Frieden. Links: Dokumente bei einem Treffen zu Konflikt, Fragilität und der Post-2015-Agenda in Liberia.

Qualität in der konkreten Arbeit geführt. Mit dem Reformdokument „ZFD – Grundlagen – Akteure – Verfahren“ haben wir als Gemeinschaftswerk ein Dokument vorgelegt, das wir nun auch gemeinschaftlich in die Tat umsetzen werden. Unter „Ziele des ZFD“ heißt es dort: Das Gemeinschaftswerk ZFD eint die Vision, zu einer friedlicheren und gerechteren Welt im Sinne eines positiven Friedens beizutragen.

**Bethge:** Insgesamt haben sich durch den Reformprozess die Voraussetzungen für die Arbeit des ZFD verbessert: Das Gemeinschaftswerk vereint Menschen, die sich in der Tiefe mit der Materie auseinandersetzen, sozusagen eine gemeinsame Sprache sprechen und zusammen auf Ziele hinarbeiten. Nicht zuletzt schlägt sich der Erfolg der Reform auch darin nieder, dass die finanzielle Ausstattung des ZFD aktuell wächst.

**Montag:** Durch die Reform hat sich auch das politische Interesse am ZFD gesteigert. Nicht zuletzt zeigt das auch die Aufnahme der zivilen Krisenprävention in den aktuellen Koalitionsvertrag. Der ZFD wird – in seiner pluralen Trägerschaft – als Akteur wahrgenommen und angesprochen.

Der ZFD hat sich im Rahmen der Reform auf gemeinsame Standards in Bezug auf Wirkungsorientierung geeinigt und eine neu entwickelte Systematik der Planung, Monitoring und Evaluierung eingeführt. Was wird sich dadurch ändern?

**Bethge:** Es ist ja nicht so, als wäre unsere Arbeit vorher nicht wirkungsorientiert gewesen. Ganz spannend ist aber das Eingeständnis aller Seiten, dass wir über gewisse Bestandteile gesellschaftlicher Veränderungsprozesse bislang nur Theorien haben. Das ist ja bei uns in Deutschland nicht anders. Welche familienpolitische Maßnahme trägt wie dazu bei, dass Frauen dem Risiko der Altersarmut entgehen? Darüber gibt es mehr Theorien als bewiesene Kausalketten. Genauso ist es bei Maßnahmen der Konfliktbearbeitung, zumal dort das Umfeld, bedingt durch den Konflikt, sehr dynamisch ist. Wir sind uns bewusst, dass unsere Annahmen über Wirkungszusammenhänge nur Annahmen sind, und gehen ihnen in der Praxis des ZFD nach. Wir dürfen vor allem auch aus Erprobungen lernen. Wenn sie einmal nicht so wirkmächtig sind, können wir nun auch im Rahmen bewilligter Vorhaben gegensteuern und unsere Lehren daraus ziehen.

**Montag:** Wir sind auch mit dem Wirkungsbegriff näher an die ursprüngliche Idee eines gemeinsamen Lernens gekommen und haben dieses Konzept nun fest verankert.

**Bethge:** Es wird gesagt, dass Deutschland mehr Verantwortung in dieser Welt übernehmen solle. Ich wünsche mir, dass diese Verantwortung sich in einem solch multiperspektivischen Lernprozess vieler für den Frieden ausdrückt. Diese Verantwortungsdebatte sollte eine gemeinsame Debatte mit den lokalen Friedensakteuren sein und der ZFD sollte in dieser Debatte in seiner Eigenschaft als staatlich-zivilgesellschaftlicher und der Gewaltfreiheit verpflichteter Ansatz nicht übersehen werden.

Was hat sich seit der Einführung des Zivilen Friedensdienstes im Ansatz der zivilen Konfliktbearbeitung für die einzelnen Träger geändert?

**Montag:** In der Reform steckt auch eine hohe fachliche Qualität. Bei unserem Netzwerkentwicklungsprozess galt es, diese Qualität nicht nur zu sichern und weiterzuentwickeln, sondern auch, sie in die Praxis zu übertragen. Über verschiedene Fachgruppen haben wir Strukturen – etwa im Bereich Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit und Wissensmanagement – geschaffen, in denen der fachliche Austausch unter den Trägern nun verstärkt stattfinden kann, und die mit einer klaren Position in den Austausch mit dem BMZ und der Politik treten können. Im Prinzip haben wir das Netzwerk reformiert – von einem Interessenverbund hin zu einer gemeinsamen Struktur, die nun auch in höherem Maße als zuvor arbeitsfähig ist.

Bitte vervollständigen Sie den folgenden Satz: „Wenn im nächsten Jahr Nachfolgeziele für die MDGs beschlossen werden, dann...“

**Bethge:** ...wird die große Transformation, vor der wir stehen, solidarischer, globaler, partnerschaftlicher und stärker auf positiven Frieden orientiert. Insgesamt wird uns die Post-2015-Agenda sicher auch bei der Begründung unserer Arbeit helfen.

**Montag:** ...hoffe ich, dass es kein Papier oder Wissen von Eliten wird, sondern dass die Post-2015-Agenda inhaltlich einen Schub erfährt, der sich an ganz vielen Stellen niederschlägt und unser Denken und Handeln prägt. Und dazu beiträgt, dass ein globaler partnerschaftlicher, solidarischer Austausch für einen positiven Frieden stattfindet. | |

Das Interview führte Sebastian Bonse.









Die Integration von Frieden in die Post-2015-Agenda stand auch beim FriEnt Peacebuilding Forum im Mai 2014 auf der Agenda.

sollten in der Post-2015-Agenda berücksichtigt werden.

Damit diese nicht bei der Bekämpfung der Symptome von Gewalt stecken bleibt, ist es notwendig, einen zweigleisigen Ansatz zu wählen. Zum einen braucht es ein eigenständiges Ziel für Frieden und Regierungsführung, das die Abwesenheit von physischer Gewalt einschließt, sich aber nicht darauf beschränkt. Zu den Themen, die für nachhaltigen, positiv definierten Frieden aufgegriffen werden müssten, gehören auch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in einer Gesellschaft, die Etablierung von Mechanismen konstruktiver Konfliktaustragung oder die Verringerung von Ungerechtigkeiten zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Auch die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an Entscheidungsprozessen, transparente, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen, Korruptionsbekämpfung, der Schutz vor Diskriminierung und Verfolgung, gerechter Zugang zum Justizsystem und zu sozialen Dienstleistungen sowie die Sicherstellung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit sind wichtig, um die Ursachen von Konflikt, Fragilität und Gewalt zu überwinden.

Um die tieferliegenden Konfliktursachen umfassend anzugehen, ist es aber fast noch wichtiger, Frieden als Querschnittsthema in die gesamte Agenda zu integrieren. Denn Frieden ist nicht gleichzusetzen mit Entwicklung und Entwicklung führt nicht automa-

tisch zu Frieden. Im Gegenteil verläuft gesellschaftlicher Wandel in den seltensten Fällen konfliktfrei. Es gilt also, neben spezifischen Friedenszielen auch andere Bereiche der zukünftigen Agenda so zu gestalten, dass sie nicht Konflikte anheizen, sondern Frieden fördern. Beispielsweise kann der Umgang mit Landnutzungsrechten Konflikte verschärfen – oder zum friedlichen Interessenausgleich beitragen. Bildung kann Stereotypen verschärfen und die Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen befördern – oder Brücken bauen und den konstruktiven Umgang mit Konflikten ermöglichen.

### | Auf Gegenwind gefasst machen

Der breite Konsens für die Aufnahme ambitionierter Friedensziele, der sich in den bisherigen Umfragen und Empfehlungen der Expertengruppen zeigt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich hinter den Kulissen Widerstand formiert. Jedoch sind die Vorbehalte weniger sachlich begründet, sondern politischer Natur. So haben einige Länder bereits Bedenken geäußert, dass Ziele zu Frieden und Regierungsführung ihre Souveränität in unzulässiger Weise beeinträchtigen könnten und ihnen ein bestimmtes – westlich geprägtes – Konzept von Regierungsführung übergestülpt werden soll.

Andere befürchten, dass die Entwicklungsagenda für sicherheitspolitische Ziele vereinbart wird. Aus einigen lateinamerikanischen Ländern – die zwar gute Zahlen im Bereich des Wirtschaftswachstums, jedoch Probleme mit wachsender Gewalt im Umfeld organisierter Kriminalität haben – ist darüber hinaus zu hören, dass sie ambitionierten Zielen zur Gewaltreduktion skeptisch gegenüberstehen, weil sie ihr Gewaltniveau dann international vergleichen lassen müssten.

In der kommenden Phase der Machtpolitik ist es essentiell, dass sich eine Allianz von Regierungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen (gerade auch aus fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten) hinter gemeinsamen Anliegen sammelt. Sie muss die engen Zusammenhänge von Frieden, Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten deutlich machen, Missverständnisse zu Souveränitätsfragen oder einer vermeintlichen „Versicherheitlichung“ der Agenda ausräumen und vor allem demonstrieren, dass Friedensziele praktisch umsetzbar und messbar sind.

Wichtig erscheint, den Entwicklungsbegriff im Dialog mit eher skeptischen Ländern neu zu definieren und darauf aufbauend Ziele und Maßnahmen zu diskutieren. Die g7+ wären dabei ein wichtiger Koalitionspartner, um auch innerhalb des Blocks der Entwicklungsländer für ein breiteres Entwicklungsverständnis zu werben. Auf den Konsens im „New Deal for Engagement in Fragile States“ kann man dabei aufbauen.

Hilfreich könnte es auch sein, eine Sprache zu wählen, die weniger an sicherheitspolitische Rhetorik erinnert, sondern konstruktive Lösungen anbietet. Statt von Fragilität und legitimer Regierungsführung zu sprechen, sollte eher der Aufbau von effektiven Institutionen und die Stärkung friedensfähiger Gesellschaften betont werden. Umso entwicklungsorientierter die Friedensthemen eingebracht werden, desto größer scheint die Chance, dass sie in die Post-2015-Agenda aufgenommen werden. Wenn westliche Länder hier eine führende Rolle in den Verhandlungen einnehmen wollen, dann sollten sie außerdem überlegen, welche konkreten Verpflichtungen sie eingehen wollen, um den illegalen Handel mit Drogen, Konfliktressourcen, Waffen und Menschen einzudämmen. ||



**Marc Baxmann**  
ist Referent bei der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt).

## Freiheit von Verfolgung und Diskriminierung

# Recht auf Erinnerung

## Der Prozess gegen Ex-Diktator Efraín Ríos Montt hat in Guatemala das Schweigen gebrochen

| Knut Henkel

Im Jahr 1996 ging der Bürgerkrieg in Guatemala zu Ende. Doch bis heute warten viele der Opfer auf Aufklärung und Wiedergutmachung. Ein Hoffnungsschimmer war der Prozess gegen Ex-Diktator Efraín Ríos Montt im Frühjahr 2013. Die Nebenklage vertrat Edgar Pérez Archila. Freiwillige der peace brigades international begleiteten ihn, um ihn zu schützen

Das weiße zweistöckige Haus in der Calle 1a von Guatemala-Stadt ist unscheinbar. Es könnte eines dieser typischen Wohnhäuser mit Innenhof sein, die es im Zentrum von Guatemalas Hauptstadt zuhauf gibt. Nur die beiden Kameras links und rechts von der schweren Eingangstür deuten darauf hin, dass hier erhöhter Sicherheitsbedarf besteht. Jeder Besucher wird drinnen erst einmal unter die Lupe genommen.

„Wir sind sieben Anwälte und fünf Assistenten im Bufete Juridico de Derechos Humanos, der Juristischen Kanzlei für die Menschenrechte, und vertreten die Opfer eines überaus schmutzigen Krieges“, erklärt Edgar Pérez Archila. In manchen Monaten wird jeder seiner Schritte beobachtet – etwa im Frühjahr 2013. Heute ist die Situation so entspannt, dass der 45-jährige

Jurist selbst die schwere, mit einem Sicherheitssystem bewehrte Tür öffnet. Es ist Samstag und Pérez, ein kräftiger Mann mit schmalen Schnurrbart und Seitenscheitel, ist noch einmal in der Kanzlei, um Akten und Materialien zusammenzustellen. Die braucht er, wenn es morgen nach Europa geht, um wieder einmal um Unterstützung für seine Arbeit und die seiner Kollegen zu werben.

### | Ein Prozess mit Folgen

Die ist dringend nötig, denn mit täglich 18 Morden gehört Guatemala zu den gefährlichsten Ländern der Region. „Davon wird nur ein Bruchteil geahndet“, erklärt Pérez. Vor 17 Jahren, mit dem Abschluss des Jurastudiums an der Universität San Carlos, hat er begonnen, gegen die Straflosigkeit zu agieren und für die zu arbeiten, die damals keine Stimme hatten. „Ich habe die Opfer der Diktatur kennengelernt, bin in

die Dörfer gefahren, habe nach geheimen Gräbern gesucht und gesehen, unter welchen unwürdigen Bedingungen die Opfer des Terrors dort lebten“, erklärt der dreifache Familienvater mit den optimistisch funkelnden Augen.

Irgendwann hat er begonnen, sich mit dem Kampf der indigenen Völker für Gerechtigkeit zu identifizieren. Und beinahe folgerichtig war er es, der die Nebenklage gegen Ex-Diktator Efraín Ríos Montt führte. Der aufsehenerregende Prozess fand im März und April 2013 statt und sorgte für etwas, das es in Guatemala seit dem Ende des Bürgerkrieges 1996 noch nicht gegeben hatte: eine Debatte über die Vergangenheit. „Mit dem Verfahren ist die Kultur des Schweigens aufgebrochen. Das ist wichtig für eine kranke Gesellschaft wie Guatemala“, erklärt Rolando Alvarado, ehemaliger Rektor der katholischen Universität Rafael Landívar.

## Praxisbeispiele

In der Post-2015-Debatte sind vier Aspekte für das Friedensthema zentral:

- die Freiheit von Verfolgung und Diskriminierung,
- der Zugang zum Justizwesen und zu Gerechtigkeit,
- die politische Partizipation und
- die Meinungs- und Pressefreiheit.

Auf diese Eckpunkte beziehen sich die folgenden Beiträge – allesamt Beispiele aus der Praxis des Zivilen Friedensdienstes.



Foto: Knut Henkel

Denkmal zu Ehren des ermordeten Bischofs Juan José Gerardi auf der Plaza Sebastián von Guatemala-Stadt.



**Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez Archila. In Guatemala werden Menschenrechtsaktivisten immer noch verfolgt.**

Er plädiert für die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit – ähnlich wie Edgar Pérez.

Doch wie riskant das ist, zeigt schon die Tatsache, dass der Anklagevertreter während des Prozesses rund um die Uhr von Freiwilligen von *peace brigades international* (pbi) begleitet werden musste. „Ich vertraue seit fünf Jahren der Begleitung durch Brigadas de Paz. Nicht nur, weil sie mich schützen, sondern auch weil sie kritisch über das Geschehen in Guatemala berichten.“

### | **Angst vor dem juristischen Roll-Back**

Der Interamerikanische Gerichtshof in San José hat zwar verfügt, dass der guatemalteke Staat den Anwalt schützen muss. Doch Polizisten oder staatliche Bodyguards empfindet Pérez nicht als Sicherheit, sondern als zusätzliche Kontrolle von oben. Das geht nicht nur ihm so, denn Menschenrechtsaktivisten werden in dem mittelamerikanischen Land immer noch verfolgt und die Straflosigkeit ist nach wie vor eine der größten Hürden für die Zukunft des Landes.

„Vor fünf Jahren wurden nur vier von hundert Delikten geahndet, heute sind es immerhin dreißig. Das ist ein Fortschritt, aber wir wissen nicht, ob er Bestand hat, denn die Wahl der obersten Richter ist dafür entscheidend.“ Die erfolgt alle vier Jahre und die Gegner von Aufklärung, Strafverfolgung und Wiedergutmachung sind stark in Guatemala. Das hat sich bereits gezeigt, als das Verfassungsgericht im Mai 2013 das Urteil gegen Ríos Montt zu achtzig Jahren Haft wegen Völkermordes und Verbrechens gegen die Menschlichkeit unter dem Vorwand angeblicher Verfahrensfehler kassierte.

Nun haben es einflussreiche Kreise geschafft, ihre konservativen Kandidaten für die höchsten Richterposten in Position zu bringen. „Der konservative Roll-Back im Justizsektor ist Realität“, bestätigt auch Edgar Pérez. Der ist alles andere als optimistisch, dass die für September und Oktober anstehenden Wahlen der Richter durch die Kommissionen gut ausgehen werden. Internationale Aufmerksamkeit ist für den Menschenrechtsanwalt die einzige Option, die daran etwas ändern kann. ||



**Knut Henkel** ist freier Publizist aus Hamburg und regelmäßig in Lateinamerika tätig.

## Die Wunden der Vergangenheit

Der Bürgerkrieg in Guatemala war eine der blutigsten Auseinandersetzungen Lateinamerikas in der jüngeren Vergangenheit. Zwischen 1960 bis 1996 verloren schätzungsweise 200.000 Menschen ihr Leben oder verschwanden spurlos. Der Krieg wurde von der guatemaltekeischen Regierung gegen Guerillero-Gruppierungen ausgetragen, dabei dienten die Handlungen der Guerilleros als Vorwand für Massaker an der indigenen Bevölkerung. Die Mehrzahl der Opfer des Bürgerkrieges waren Indigene, davon gehörten die meisten zur Gruppe der Maya. Den damaligen Regierungstruppen wird neben dem Genozid an der indigenen Bevölkerung eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung vorgeworfen.

Eine zentrale Figur des Bürgerkrieges war José Efraín Ríos Montt. Der ehemalige General der guatemaltekeischen Armee setzte sich durch einen Putsch von 1982 bis 1983 als Präsident Guatemalas an die Spitze des Landes, bevor er von seinem damaligen Verteidigungsminister wegen „Unzurechnungsfähigkeit“ abgesetzt wurde. Die nach Ende des Bürgerkriegs von den Vereinten Nationen eingesetzte

Wahrheitsfindungskommission „Comisión para el Esclarecimiento Histórico“ hat festgestellt, dass etwa die Hälfte aller verübten Massaker des Bürgerkrieges in die Zeit seiner Präsidentschaft fiel.

Ríos Montt entzog sich jahrelang durch Immunität in politischen Ämtern der Strafverfolgung. 2013 schließlich wurde er wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt und zu 80 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Prozess gegen den inzwischen 88-jährigen wurde festgestellt, dass seine Regierung „Hunger, Massenmord, Vertreibung, Vergewaltigung und Bombardierung aus der Luft“ angewendet habe, um die Ethnie der Ixil, die zu den Maya zählt, gezielt zu zerstören. Unter der Herrschaft von Ríos Montt kam ein Sechstel der Ixil-Bevölkerung ums Leben.

Zehn Tage nach der Verkündung hob das guatemaltekeische Verfassungsgericht das Urteil gegen Ríos Montt aufgrund von Verfahrensfehlern wieder auf. In Guatemala selbst und in vielen anderen Ländern Mittelamerikas kam es danach zu Protesten – auf Transparenten forderten die Demonstranten: „Kein Vergessen, kein Vergeben – Ríos Montt ins Gefängnis“. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens wird für 2015 erwartet.

Sebastian Bonse

## Freiheit von Verfolgung und Diskriminierung

# Gerechtigkeit ist heilsam

## Vergangenheitsarbeit ist in Guatemala eine wichtige Säule der Friedensarbeit

| Kathrin Zeiske

Zukunft kann es nur geben, wenn die Schatten der Vergangenheit angegangen werden. Der Zivile Friedensdienst fördert daher in Guatemala die historische Wahrheitsfindung, juristische Kapazitäten zur Strafverfolgung und psychosoziale Angebote für traumatisierte Menschen. Besondere Bedeutung kommt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über den Bürgerkrieg zu. Dazu sollen Dialogräume und eine Gedenkstätte beitragen.

Heute überqueren nur vereinzelt Anwältinnen in Hosenanzügen und Justizangestellte den weiten Platz vor dem Justizpalast von Guatemala. Im Frühjahr 2013 war er von Menschen überlaufen: Zum ersten Mal in der Geschichte wurde ein ehemaliger Staatspräsident vor einem nationalen Gericht wegen Genozids angeklagt. Das Verfahren basierte auf der jahrzehntelangen Arbeit ziviler Organisationen, von denen einige sogar als Nebenkläger auftraten.

„Gerechtigkeit braucht Zeit“, weiß Rafael Herrarte, Direktor des „Zentrums für forensische Analysen und angewandte Wissenschaft (CAFCA)“. Neben ihm im Labor entfernt ein junger Mann behutsam braune Erdkrumen von menschlichen Knochen und einer Halskette mit Heiligenbildchen. Überreste wie diese birgt die Organisation seit 14 Jahren im guatemaltekischen Hochland. Dort, wo die Armee Anfang der 1980er Jahre einen Genozid an der indigenen Bevölkerung beging.

„CAFCA entstand aus der Notwendigkeit heraus, professionelle Exhumierungen durchzuführen, damit diese als Beweismaterial vor Gericht dienen können.“ Von Anfang an wurde die Organisation dabei von Expertinnen und Experten des Zivilen Friedensdienstes unterstützt. „Eine lange, fruchtbare Zusammenarbeit“, so Herrarte. Im Prozess gegen Ríos Montt, den früheren Staatspräsidenten, sagten insgesamt sieben Forensiker des Zentrums als Gerichtsgutachter aus.



Foto: James Rodriguez

**Der frühere Staatspräsident Guatemalas, Efraín Ríos Montt, im Mai 2013 vor Gericht. Die Anklage lautete auf Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.**

Doch der Prozess sorgte für Unruhe in den Kreisen der Macht. Immerhin ist der einstige Ausführende der verhandelten Massaker, Otto Pérez Molina, niemand geringeres als der heutige Staatspräsident. Molina könnte nach seiner Amtszeit ebenfalls ein Gerichtsverfahren drohen. Als der Oberste Gerichtshof kurz nach der Verurteilung Ríos Montts den Prozess im Nachhinein wegen Verfahrensfehlern für ungültig erklärte – eine eher politische als juristisch fundierte Entscheidung –, war das vor allem für die Zeuginnen und Zeugen ein Schock. Sie hatten den Mut aufgebracht, öffentlich vor Gericht über ihre Schreckenserlebnisse zu berichten und sich damit den furchtbaren Erinnerungen erneut auszusetzen.

### | Von Opfern zu Akteurinnen

Eine große Anzahl von Frauen hatte über die ihnen widerfahrene sexuelle Gewalt berichtet. Das Team für Gemeindestudien und Psychosoziale Aktion (ECAP) hat diese Zeuginnen in den vergangenen Jahren begleitet und unterstützt. „Die Missachtung von Gerechtigkeit hat schwere psychosoziale

ale Folgen für Überlebende“, meint Nieves Gómez von ECAP. Die Frauen blieben von den Vergewaltigungen, die sie vor nunmehr 30 Jahren erlitten haben, gezeichnet. „Die Traumatisierung hat sich außerdem oft schädlich auf Beziehungen und Familienleben ausgewirkt“, so die Psychologin.

Jahrelang wurde das Trauma verdrängt, denn oft vermischten sich Schuldgefühle, Scham und Trauer. „Ihre Männer wurden vor ihren Augen ermordet, ihre Söhne verschleppt, sie selbst und ihre Töchter in Soldatenlagern vergewaltigt.“ Erst in der gemeinsamen Aufarbeitung konnten diese Frauen einen Umgang mit dem Erlebten finden und gewaltgeprägte familiäre Strukturen in der Gegenwart damit in Verbindung setzen. Daraus



In dem Sarg ruhen die Überreste von sechs männlichen Opfern des Bürgerkrieges, exhumiert aus einem Grab in der ehemaligen Militärischen Zone 21 in Cobán. Sie werden den Angehörigen der Toten zur Bestattung übergeben.

entstand schließlich der Wunsch, die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Der Zivile Friedensdienst unterstützt ECAP seit mehreren Jahren bei der psychosozialen Arbeit mit den traumatisierten Frauen.

Im Jahr 2010, als die Aussicht noch sehr gering zu sein schien, dass die Fälle der Frauen vor einem Gericht zu Gehör gebracht werden könnten, hat daher eine Allianz verschiedener Organisationen ein Wissenstribunal organisiert. Bei dieser Gerichtssimulation machten die Frauen erstmals eine öffentliche Aussage über die Gewalt, die ihnen widerfahren war. Von Gewissensrichterinnen und -richtern wurde dann ein Urteil gefällt, das den guatemalteckischen Staat für die Gräueltaten verantwortlich machte und ihn verurteilte. Das Gewissenstribunal war ein wichtiger Schritt, um einen moralischen Standpunkt zu den Kriegsverbrechen zu entwickeln – und schon bald sollte ein Tribunal mit strafrechtlich verbindlichen Ergebnissen folgen.

Bei dem Gerichtsverfahren 2013 hatten Frauen nun erstmals Gelegenheit, vor einem guatemalteckischen Gericht ihre Aussage zu machen. „Die Zeuginnen im Ver-

fahren gegen Ríos Montt wuchsen über sich hinaus. Sie wurden von Opfern zu Akteurinnen und sprachen vor der Weltöffentlichkeit aus, worüber sie all die Zeit nicht einmal in der eigenen Familie ein Wort verloren hatten“, sagt Nieves Gómez. Barfuß, aber hoherhobenen Hauptes betraten sie den marmorgetäfelten Gerichtssaal im Justizpalast. „Nicht die Zeit heilt Wunden, sondern Gerechtigkeit.“

Mittlerweile haben sich die Überlebenden von dem Schock erholt, dass das Urteil gegen den Ex-Diktator wieder aufgehoben wurde. Das Verfahren soll im Januar 2015 neu aufgerollt werden. Ulrike Hemmerling, ZFD-Koordinatorin der „Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ in Guatemala, berichtet, dass für viele Personen, die während des Bürgerkrieges Verfolgung ausgesetzt waren, das Urteil trotzdem Gültigkeit hat, vor allen Dingen moralisch. Sie begleitet einen Runden Tisch verschiedener Menschenrechtsorganisationen. Dort ist man sich einig: Das Gerichtsverfahren war ein historischer Schritt und hat erstmals seit Ende des Krieges eine breite Diskussion über die Vergangenheit in der Gesellschaft angestoßen. „Nach Jahrzehnten des Schweigens hat eine Debatte begonnen.“

### | Vergangenheit als gesellschaftlicher Prozess

In Zeitungen wurden kontroverse Meinungen abgedruckt. In den sozialen Medien beteiligte sich auch die Nachkriegsgeneration am „Intensivkurs in Geschichte“. Die Fortführung dieser Diskussion will der Zivile Friedensdienst unterstützen. Dialogräume sollen in der Mitte der Bevölkerung entstehen und auf eine Transformation für einen dauerhaften Frieden hinwirken. „Vergangenheitsarbeit muss ein gesamtgesellschaftlicher Prozess sein. Sie kann nicht nur von wenigen getragen werden“, sagt Ulrike Hemmerling. Alle seien als Zeitzeugen gefragt, über ihre Erfahrungen zu sprechen.

Kein einfaches Unterfangen in der stark polarisierten Gesellschaft Guatemalas. Doch eine Initiative will nun einen Ort der Erinnerung und Debatte schaffen. Er soll dort entstehen, wo die Polizei einst eine geheime Folterstätte in der Hauptstadt unterhielt und im Jahr 2005 das lang geheim gehaltene Polizeiarchiv gefunden wurde. Heute sind die 80 Millionen Dokumente in den verwinkelten Gängen und fensterlosen Räumen gut sortiert in Pappkartons gestapelt: aussagekräftige Unterlagen über Verbrechen, für die die Täter nun verurteilt werden können.

Doch für Archivdirektor Gustavo Meoño ist das nicht genug. „Erst wenn die Wahrheit über den Bürgerkrieg zum Allgemeinwissen wird, ist unsere Arbeit getan.“ Diesem Bestreben soll durch die Schaffung einer Gedenkstätte mit Museum, Kulturzentrum und Veranstaltungsräumen nachgekommen werden. Dabei stehen dem Ex-Guerillakommandanten ein ehemaliger General sowie bekannte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Lehre und Politik zur Seite. Alle vereint sie ein Gedanke: „Es kann keine Zukunft geben, wenn die Schatten der Vergangenheit nicht angegangen werden.“

Der Zivile Friedensdienst war ein Verbündeter der ersten Stunde bei der Restauration des Archives; bis heute unterstützt er diese Initiative. Während der Bau zweier geschwungener Pyramidenbauten noch aussteht, finden Debatten an anderen Orten statt. So auch in vormalig vom Krieg betroffenen Regionen. Diese sind heute oft von Konflikten um Goldminen, Staudämme und Palmölplantagen gezeichnet. Von ihnen profitieren vor allem in- und ausländische Unternehmen. Gustavo Meoño: „Armut, Ungleichheit und die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung – damals Ursachen des 36 Jahre andauernden Bürgerkrieges – sind auch 17 Jahre nach Friedensschluss nicht gelöst.“ | |



**Kathrin Zeiske** arbeitet als freie Journalistin in Mexiko und Mittelamerika. Sie schreibt zu Globalisierung, Migration, Menschenrechten und Militarisierung.

## Freie Medien

# Selbstzensur aus Angst und Armut

Im Konfliktgebiet Ost-Kongo existiert die Meinungs- und Pressefreiheit nur auf dem Papier



Foto: Judith Raupp

| Judith Raupp

Um die Pressefreiheit in der Demokratischen Republik Kongo ist es alles andere als gut bestellt. Viele Journalisten sind verunsichert oder kommen ihrer Arbeit nicht mehr nach, weil sie Angst vor Schikane, Verfolgung oder schlimmstenfalls um das eigene Leben haben. Der Zivile Friedensdienst engagiert sich deshalb für die Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit in dem zentralafrikanischen Land.

Im vergangenen Jahr hat die Organisation Journaliste en Danger (JED) in der Demokratischen Republik Kongo jeden Monat durchschnittlich 11 Verstöße gegen die Pressefreiheit registriert. Ein Jahr zuvor waren es noch 14. Die Statistik zeigt nach unten, also ein gutes Zeichen? „Überhaupt nicht“, sagt Tuver Wundi, der JED in der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu vertritt. „Weniger registrierte Fälle bedeuten nicht, dass bei uns die Pressefreiheit besser respektiert würde. Vielmehr machen

die Journalisten ihre Arbeit nicht mehr“, kritisiert Wundi. Der Menschenrechtler spricht von „Selbstzensur aus purer Angst“.

Wer im Kongo den Mund aufmacht, kann allerlei Probleme bekommen. „Du wirst von Informationen abgeschnitten, am Reisen gehindert, dein Material wird konfisziert, du wirst willkürlich verhaftet oder du bekommst plötzlich nachts Besuch von Banditen“, beschreibt Wundi die Gefahren für Journalisten. Er arbeitet für das Staatsradio RTNC in Goma, der Hauptstadt Nord-Kivus. In dieser Provinz flammen seit fast 20 Jahren immer wieder Gefechte zwischen Milizen, Banditen und der Armee auf. Es geht um soziale Teilhabe von Minderheiten, um Land und Bodenschätze, um ethnische Konflikte oder einfach nur um Macht. Jeder kämpft gegen jeden, und die Journalistinnen und Journalisten geraten zwischen die Fronten.

Als im November 2012 die Miliz M23 Goma überrannte, musste Wundi in die 2000 Kilometer entfernte Hauptstadt Kinshasa fliehen. „Dein Platz ist nicht auf dieser Erde“,

Tuver Wundi ist Repräsentant der Organisation Journaliste en Danger in der Provinz Nord-Kivu, DR Kongo. Journaliste en Danger arbeitet in mehreren zentralafrikanischen Ländern und ist Partner von Reporter ohne Grenzen.

hatte ein anonymes Anrufer dem Journalisten und Vater von fünf Kindern gedroht. Das war just, nachdem er darüber berichtet hatte, dass die M23 illegalen Handel mit Holz aus dem Virunga-Nationalpark betreibt.

Im Jahr 2013 sind bis Mitte November im Kongo zwei Journalisten ums Leben gekommen. Eine Reporterin wurde in einem Gefecht erschossen, ein anderer Kollege tot aufgefunden, die Umstände des Mordes sind ungeklärt. Journaliste en Danger hat die beiden Fälle nicht in die Statistik aufgenommen, „weil wir nicht wissen, ob die Kollegen gezielt wegen ihres Berufes umgebracht wurden oder aber zur falschen Zeit am falschen Ort waren“, erklärt Wundi. Seit 2006 zählt JED acht Journalisten, die nachweislich aufgrund ihrer Recherchen ermordet wurden.

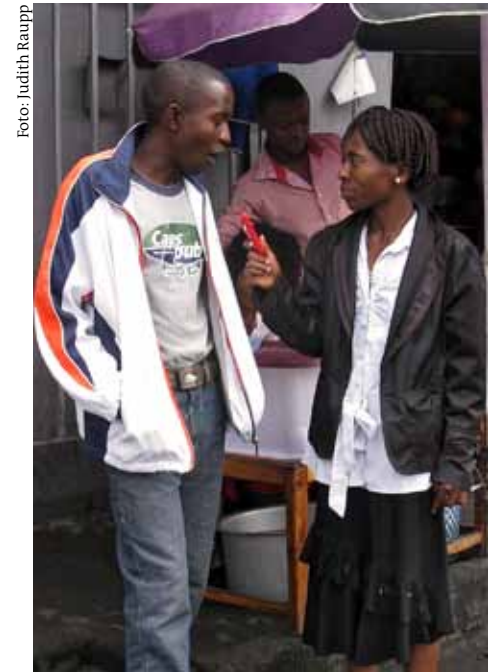
| Die Meinungs- und Pressefreiheit ist nur auf dem Papier garantiert

Das Gesetz garantiert den Kongolesen Meinungs- und Pressefreiheit. Aber die Realität sieht anders aus. „Wir dürfen zum Beispiel keine Zitate von Rebellen senden“, erzählt Chantal Salumu, Redakteurin beim Bürgerradio Tayna in Goma. Als schon lange klar war, dass die M23-Miliz vor Goma stand, hat sie in den Nachrichten trotzdem die Propaganda der Regierung verlesen, dass die Stadt sicher wie ein Bollwerk stehe. Im Gebiet, das bereits von der M23 eingenommen worden war, haben die Radios gleich ganz auf Nachrichten verzichtet. Die Wahrheit hätte sowohl die Rebellen als auch die Regierung verärgern können. Und so wären die Journalisten von beiden Seiten unter Druck geraten.

Selbstzensur üben die Journalisten aber nicht nur aus Angst, sondern auch aus Armut. Letztens war Salumu bei der Propagandaveranstaltung einer politischen Partei an der Universität. „Eigentlich darf man bei uns an Hochschulen keine Politik betreiben. Ich hätte diesen Aspekt für meinen Beitrag wählen müssen“, gibt sie zu. Doch der Parteifunktionär hat ihr 20 Dollar zugesteckt, und so hat sie seine Parolen verbreitet. Ohne das Bestechungsgeld hätte sie an jenem Tag ihrem zweijährigen Sohn

nicht einmal ein Stück Brot kaufen können. Salumu bekommt wie viele Journalistinnen im Ostkongo kein Gehalt, weil ihr Radio keine Einnahmen generiert. Gewalt, Willkür und Korruption schrecken Unternehmer ab, die Werbung schalten könnten. Rundfunkgebühren gibt es nicht. Die Mehrheit der Medienschaffenden lebt von weniger als einem Dollar pro Tag.

Jacques Kakule, Koordinator der Bürger-radios in Nord-Kivu, spricht von einem



Chantal Salumu, Redakteurin des Bürgerradios Tayna, bei einer Umfrage in Goma. Da kein Geld für professionelle Aufnahmegeräte vorhanden ist, benutzen die Journalisten von Tayna analoge Diktaphone.

## Grenzübergreifende Medienzusammenarbeit bei PIGISTE

In der Region der Großen Seen in Zentralafrika hatte das Medium Radio stets eine zweiseitige Wirkung. Am bekanntesten ist das Beispiel des staatlichen Radiosender Radio et Télévision Milles Collines (RTLM), der in Ruanda als Propagandainstrument fungierte, um zum Mord von tausenden von Menschen in den Monaten des Genozids von April bis Juli 1994 aufzurufen. „Knapp 20 Jahre nach dem Genozid hat man immer noch diese Bilder vom Radio RTLM im Kopf. Es überwiegt ein Gefühl von Schmerz und Bitterkeit. Wir haben dieses Kapitel der Geschichte nicht vergessen und bemühen uns, dass sich diese Geschichte nicht wiederholt“, so hat es der im März verstorbene Journalist Désiré Niyondiko in Worte gefasst.

PIGISTE, ein von EIRENE im Rahmen des ZFD initiiertes und durchgeführtes Ausbildungsprogramm für Hörfunkjournalisten, brachte in den Jahren 2009 bis 2013 drei Radiostationen aus den Ländern Demokratische Republik Kongo, Ruanda und Burundi zusammen. In einem von großen Spannungen geprägten Kontext verpflichteten sie sich, nach Grundsätzen des konflikt-sensiblen Journalismus zu arbeiten, gemeinsam Journalistinnen und Journalisten auszubilden, regelmäßig Programme auszutauschen und einander gegenseitig als Korrespondenten zu dienen.

Wie geht man den Konflikten auf den Grund und deckt Wurzeln und Folgen auf, ohne Öl ins Feuer zu gießen? Viele der jungen Journalistinnen und Journalisten haben in den Jahren der Krisen und bewaffneten Konflikte schwere Zeiten durchlebt und wurden selbst mit Vorurteilen und Stereotypen konfrontiert. Das Projekt PIGISTE ging offiziell im September 2013 zu Ende; doch die Freundschaften und professionellen Beziehungen, die zwischen den Teilnehmern aus den drei Ländern entstanden sind, bleiben bestehen. Und die gemeinschaftlich produzierte, regionale Newssendung „Hebdo Grands Lacs“ geht weiterhin jeden Sonntag auf Sendung – auch ohne Finanzierung von außen!

Ab 2014 wird EIRENE Grands Lacs seine Fachkompetenz im Bereich Professionalisierung von Journalisten in ein weiteres Projekt einbringen und den Ansatz der Förderung des konflikt-sensiblen Journalismus diesmal in Zusammenarbeit mit dem Maison de la Presse, dem burundischen Journalistenverband, fortsetzen.

**Bettina Haasen**, Filmemacherin und ehem. ZFD-Fachkraft für EIRENE International in Burundi

„Totalausfall der Medien als vierte Macht“. Für ihn ist das die wesentliche Ursache, weshalb Demokratie im Kongo oft nur auf dem Papier stehe und das Land gesellschaftlich und ökonomisch nur schleppend vorankomme. Er kritisiert, dass „jeder ein Radio oder eine Zeitung eröffnen kann, ganz egal zu welchem Zweck“. Besonders deutlich wird das vor Wahlen. Politiker gründen ihre eigenen Propagandamedien und verbreiten teilweise falsche Informationen über politische Gegner, Hetze und Rassenhass. Auch deswegen platziert Reporter ohne Grenzen den Kongo im Jahr 2014 weit hinten in der Länderliste der Pressefreiheit, auf Rang 151 von 180.

### | Zwischen Gerücht, Propaganda und Information unterscheiden

Als großes Problem und als Bedrohung für die Pressefreiheit sieht Kakule auch die Mängel in der Qualifikation der Medienschaffenden. „Viele Journalistinnen und Journalisten sind junge Studierende ohne fachliche Ausbildung, oft manipuliert von Politikern“, kritisiert er. Unabhängige, objektive Berichterstattung hat ihnen nie jemand beigebracht. Das spielt den Machthabenden in die Hände, weil sie die schlechte Qualität der Berichterstattung als



Argument missbrauchen können, gleich die ganze Branche zu zensieren. Informationen, die nicht genehm sind, werden als Diffamierung oder Gefahr für die Staatssicherheit deklariert und aus dem Verkehr gezogen.

Der Aufbau objektiver Qualitätsstandards und eine professionelle Ausbildung sind in der ostkongolesischen Medienbranche dringend geboten, um für Meinungs- und Pressefreiheit zu sorgen. Der Zivile Friedensdienst (ZFD) engagiert sich in diesem Bereich im Rahmen der Demokratieförderung. So arbeitet eine Fachkraft, die Autorin dieses Artikels, von Brot für die Welt an der Université Libre des Pays des Grands Lacs in Goma als Trainerin für Medienschaffende. Dabei liegt der Fokus auf Bürgerradios und der Förderung junger Journalistinnen. Sie lernen ethische Standards einzuhalten, zwischen Gerücht, Propaganda und verlässlicher Information zu unterscheiden und die handwerklichen Regeln der Berichterstattung.

Einen großen Teil des Trainings nehmen praktische Übungen in der Redaktion und bei der Recherche ein. In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und mit EIRENE International fördert Brot für die Welt auch gemeinsame Workshops für Nachwuchsjournalisten und -journalistinnen aus dem Kongo, Burundi und Ruanda. Dabei geht es nicht nur um fachliche Ausbildung. Die jungen Menschen aus der krisengeschüttelten Region sollen Kontakte knüpfen. Denn Freundschaften über Grenzen hinweg ebnen den Weg zu nachhaltigem Frieden. | |



**Judith Raupp**  
ist Journalistin und ZFD-Fachkraft für Brot für die Welt in Goma, Demokratische Republik Kongo.

## Mut zur Meinung – Die Organisation Ejo Youth Echo in Ruanda



Foto: Johanna Wild

„Ich könnte mir schon vorstellen, später einmal eine Twa-Frau zu heiraten“, sagt ein etwa 17-jähriger Jugendlicher kleinlaut in ein Mikrofon. Seine Stimme zittert, wird dann aber immer fester. „Die ethnischen Trennungen haben wir doch überwunden. Für mich ist es unwichtig, aus welcher Familie jemand kommt.“ Ihm gegenüber sitzt die nur wenige Jahre ältere Journalistin Betty Ndayisaba und nickt dem jungen Mann aufmunternd zu. Als seine Aussage zur Integration der in Ruanda lange marginalisierten Pygmäen-Minderheit kurz darauf über den amerikanischen Auslandssender „Voice of America“ ausgestrahlt wird, folgen dem Programm mehr als 700.000 junge Menschen.

Dass Jugendliche im Radio offen eine eigene Meinung vertreten, ist in Ruanda bislang keine Selbstverständlichkeit. In den Augen vieler Menschen steht es vor allem Personen von herausgehobener gesellschaftlicher Stellung zu, ihre Ansichten über die Medien in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Perspektiven junger Leute kommen dabei oft zu kurz.

Das Journalistenteam der Jugendorganisation Ejo Youth Echo (EYE) will dies ändern. Ejo, das steht in der ruandischen Nationalsprache Kinyarwanda je nach Kontext für „Gestern“ oder „Heute“. In ihrem Radioprogramm lassen die Journalistinnen und Journalisten sowohl Jugendliche als auch Verantwortungsträger zu Wort kommen. Aufgegriffen werden in der Regel

**Die Journalistin Furaha Hakizimana ist inzwischen Präsidentin der EYE-Organisation. Hier befragt sie einen Hörer zum neuen T-Shirt des Radioprogramms. Alle Hörer, die an Fokusgruppensendungen teilnehmen, bekommen als Dankeschön dieses Shirt.**

aktuelle gesellschaftliche Themen, aber auch der Umgang mit der Vergangenheit ist oft Thema der Sendungen.

Zwanzig Jahre nach dem ruandischen Genozid arbeitet die junge EYE-Redaktion nach den Prinzipien des konflikt sensiblen Journalismus. Das Team besteht aus Genozid-Waisen und Kindern von Überlebenden ebenso wie aus Töchtern und Söhnen ehemaliger Täter oder Mitläufer. Für ihre Radiosendung arbeiten die jungen Journalisten Hand in Hand, auch wenn ihre Familien die Trennlinien der Vergangenheit noch nicht überwunden haben. Außerdem produziert das EYE-Team gemeinsam mit jungen Journalisten aus Burundi und der Demokratischen Republik Kongo einmal pro Monat eine Radiosendung, die in allen drei Ländern ausgestrahlt wird. Unterstützt wird das Projekt, das bis 2013 noch Heza hieß, im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

**Johanna Wild,**  
ZFD-Fachkraft für die GIZ in Ruanda

## Zugang zum Justizwesen und zu Gerechtigkeit

# Die Bevölkerung muss eine Stimme haben

## Der Friedensprozess und gewaltfreie Konfliktbearbeitung auf Mindanao

| Regina Salvador-Antequisa

Die philippinische Organisation Ecosystems Work for Essential Benefits (ECOWEB) arbeitet seit 2006 – unterstützt durch den Zivilen Friedensdienst – für eine friedliche und sichere Zukunft der Philippinen. Gleichzeitig wirkt sie als Teil der globalen Kampagne „Beyond-2015“ daran mit, im Post-2015-Prozess globale Nachhaltigkeitsziele zu formulieren. Ein Schwerpunkt der Organisation ist der Friedensprozess auf der von jahrzehntelangen Konflikten geprägten Inselgruppe Mindanao. Dort haben die Menschen vielerorts keinen Zugang zum Rechtssystem. Und das hat große Auswirkungen.

Dialog, Verständigung und die gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten auf Mindanao – das ist einer der Schwerpunkte von ECOWEB. Unterstützt wird die Friedensarbeit der NRO durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes. Zusammen mit weiteren Organisationen, die ebenfalls Teil des ZFD-Netzwerks auf den Philippinen sind, und anderen nichtstaatlichen Organisationen arbeitet ECOWEB aktuell insbesondere daran, den Dialog in der Region Bangsamoro zu stärken.

### | Schwerpunkte der Friedensarbeit auf Mindanao

ECOWEB hat mit Kommunen in der Provinz Lanao del Norte im Nordwesten von Mindanao Gespräche über den Friedensprozess zwischen der MILF und der philippinischen Regierung geführt. Daraus haben sich sechs Schwerpunkte für die Friedensarbeit auf Mindanao ergeben:

- Die Öffentlichkeit – insbesondere die betroffenen Kommunen im Kern- und in den Randgebieten von Bangsamoro – muss über die Fakten und die aktuellen Entwicklungen im Friedensprozess aufgeklärt werden. Als ein erster Schritt wird dazu Bildungsarbeit durchgeführt, die vor allem über die Inhalte des Rahmenabkommens zu Bangsamoro (siehe den Kasten auf Seite 20) sowie den Entwurf der Verfassung für

Bangsamoro und ihre Auswirkungen auf das Leben in der Region informiert.

- Die Ängste, Sichtweisen und Perspektiven der Menschen vor Ort – insbesondere der Minderheiten und der indigenen Bevölkerung – müssen berücksichtigt werden. In die Verfassung für Bangsamoro müssen die Rechte dieser Gruppen Eingang finden. Ihre Repräsentation in einer Regierung für Bangsamoro muss in der Verfassung verankert werden. Auch die Notwendigkeit der Lösung von Konflikten um Ressourcen muss darin Berücksichtigung finden. Dazu bedarf es eines offenen Dialogs, an dem alle betroffenen Gruppen, Autoritäten und die Zivilgesellschaft beteiligt werden.

- Es muss gesichert werden, dass die Bedenken und Einwände der politischen Vertretung der Volksgruppe der Moros, der MNLF, ebenfalls gehört werden.

- Dazu müssen Aktivitäten begonnen werden, durch die Öffentlichkeit und Entscheidungsträger das Inkrafttreten der Verfassung für Bangsamoro unterstützen.

- Die betroffenen Kommunen müssen auf eine eventuelle Urabstimmung zur Verfassung sowie auf anstehende Wahlen – sollte das Grundgesetz in Kraft treten – vorbereitet werden.

- Nicht zuletzt muss auch gesichert werden, dass die MILF sowie auch die Zivilgesellschaft in den Wahlprozess 2016 einbezogen werden, um die Fortschritte im Friedensprozess zu stärken.

Aus der fehlgeschlagenen „Vereinbarung zur Regelung indigener Land- und Ressourcenansprüche (Memorandum Agreement on Ancestral Domain, MOA-AD)“ im Jahr 2008 haben wir bereits gelernt, dass mangelnde Unterstützung durch die Menschen vor Ort dazu führen kann, dass eine getroffene Friedensvereinbarung vom Obersten Gerichtshof für nicht verfassungsgemäß erklärt wird. Damals führte Widerstand innerhalb der lo-



Foto: ECOWEB

kalen Regierung zu dem Urteil des Gerichts. Eine umfassende Information der Öffentlichkeit und die Schaffung von Raum für einen Dialog mit den Entscheidungsträgern und -trägerinnen sollten solche Hindernisse im Friedensprozess zukünftig von vornherein ausschließen.

Trotz der Unterzeichnung des Rahmenabkommens über den Friedensprozess und dem laufenden Prozess um die Erstellung der Verfassung haben die Gespräche mit den verschiedenen Kommunen und Bezirksvertretern gezeigt, wie gering bei den meisten Menschen das Wissen über die grundsätzlichen Fakten und den Kern des Friedensprozesses eigentlich ist. Missverständnisse über dessen Sinn und Zweck kommen dann noch erschwerend hinzu. Die Befürchtung, dass der Prozess zur Erstellung der Verfassung – ähnlich wie die Vereinbarung zu den Landansprüchen zuvor – für nicht mit der philippinischen Verfassung vereinbar erklärt werden könnte, ist also begründet.



ECOWEB im Dialog mit Bewohnern der Gemeinde Mangga in Kolambugan, Lanao del Norte. Das Bild entstand im Rahmen eines Friedenstrainings des Mindanao Peacebuilding Institute.

der MNLF und der MILF hinterlassen hat, sitzen tief und könnten den Friedensprozess behindern, wenn diese Zusammenhänge nicht ausreichend berücksichtigt werden.

In jüngerer Vergangenheit haben Aktivitäten der MNLF bereits zu einer bewaffneten Auseinandersetzung in Zamboanga-Stadt geführt: Im September 2013 endete der Versuch der MNLF, die Flagge der kurz zuvor ausgerufenen „Bangsamoro Republik“ im Rathaus von Zamboanga-Stadt zu hissen, in einem Kampf um die Stadt und um Geiseln der MNLF und in einer schweren humanitären Krise. Über 100.000 Menschen mussten vor der Gewalt fliehen. Solche Vorfälle sind natürlich sehr schädlich für das, was bisher erreicht wurde. Wir müssen darauf achten, dass der Dialog, in dem wir uns jetzt befinden, nicht wieder in einseitigen Erklärungen mündet und dadurch die Friedensbemühungen zunichte gemacht werden.

### | Die Rolle der Justiz und Bedeutung des Zugangs zu einem Rechtssystem

Ein wirklicher Frieden ist ohne ein adäquates Rechtssystem und Zugang zur Justiz nicht erreichbar. In den Regionen, in denen ECOWEB arbeitet, waren wir Zeuge, wie sich der fehlende Zugang zur Justiz direkt in gewalttätige Auseinandersetzungen übersetzt hat. Es wurde zur Gewohnheit, dass dort, wo keine Rechtsprechung vorhanden war, die Leute das Recht selber in die Hand nehmen. Sie trugen Konflikte mit Fäusten oder Waffen aus, statt sie vor eine (schlichtende) Instanz zu bringen. Besonders ärmere Bevölkerungsgruppen sind vom fehlenden Zugang zum Rechtssystem schon seit jeher betroffen – nicht nur in der Bangsamoro-Region, sondern im ganzen Land.

Neben vielerorts nicht vorhandener Gerichtsbarkeit, mangelndem Vertrauen in die Fähigkeit der Justiz zur Lösung von Auseinandersetzungen und den zu hohen Kosten für Gerichtsverfahren glauben viele

## Der Konflikt in Mindanao

In der süd-philippinischen Provinz Mindanao haben jahrzehntelange gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen der christlichen Mehrheit und der muslimischen Minderheit – zusammengesetzt aus einer Vielzahl von Ethnien, die zusammenfassend oft als „Moro“ bezeichnet werden – zehntausende Menschenleben gekostet. Wesentliche Konfliktursachen waren die ungleiche Verteilung von Land und Ressourcen sowie die Benachteiligung und Marginalisierung der Moro.

Allein seit dem Jahr 2000 mussten etwa 3,5 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen und vor der Gewalt fliehen. Ein Friedensabkommen zwischen der Nationalen Moro-Befreiungsfront (MNLF), die sich für einen autonomen Staat einsetzt, und der philippinischen Regierung im Jahr 1996 scheiterte nach Auseinandersetzungen mit den Gruppierungen Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) und Abu Sayyaf – jeweils von der MNLF abgespaltene Gruppierungen.

Aber 17 Jahre nachdem die letzten Friedensgespräche stattfanden, haben sich die philippinische Regierung und die MILF im Oktober 2012 auf einen neuen Friedensfahrplan geeinigt. Die beteiligten Seiten wollen bis 2016 ein autonomes Gebiet „Bangsamoro“ schaffen. Es soll die politische Selbstbestimmung der muslimischen Bevölkerung in den Gebieten im westlichen Mindanao und den südlich gelegenen Archipelen erhöhen.

Sebastian Bonse

Von der Formulierung dieser Verfassung durch die „Bangsamoro Transition Commission (BTC)“ hängt es ab, ob es in der Region einen dauerhaften Frieden geben wird oder die bewaffnete Auseinandersetzung zumindest gestoppt werden kann. Umso wichtiger ist es, dass nicht nur die betroffenen, sondern auch die daran angrenzenden Kommunen mit in einen ernsthaften Dialogprozess einbezogen werden.

Nach den Informationen, die ECOWEB von aktiven Mitgliedern der MNLF aus den Kommunen vor allem in den Gebieten auf der Halbinsel Zamboanga in denen wir arbeiten hat, sind viele – teils noch immer bewaffnete – Anhänger der MNLF nachhaltig frustriert darüber, dass die Gründung eines muslimischen Mindanao als autonomer Region gescheitert ist. Die Narben, die der bewaffnete Konflikt zwischen Anhängern

Menschen, dass es unmöglich für sie ist, auf diesem Wege Gerechtigkeit zu erreichen. Die indigenen Bevölkerungsgruppen verlassen sich deshalb sehr stark auf ihr Gewohnheitsrecht. Für viele ist dies einfach der schnellste und kostengünstigste Weg, um Gerechtigkeit zu erlangen.

Das gilt allerdings nicht für Konflikte, an denen indigene und nicht-indigene Personen oder Gruppen beteiligt sind. Für die Bangsamoro-Region muss deshalb nicht nur der Zugang zum Rechtssystem erheblich verbessert, sondern zusätzlich auch noch die komplexe Aufgabe gemeistert werden, die



Senen C. Bacani, Mitglied der Verhandlungsdelegation der philippinischen Regierung, bei einer Veranstaltung zum Friedensprozess in Iligan City.

Gewohnheitsrechte der indigenen Bevölkerungsgruppen, die Scharia und das philippinische Gesetz zu vereinen und auf Konflikte anwendbar zu machen, die Angehörige der Moro und der Nicht-Moro betreffen.

### | Die Rolle der Zivilgesellschaft für den Friedensprozess

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die lokal verwurzelt sind, können einen entscheidenden Beitrag zu einem breiten Dialog in der Bevölkerung leisten: Bei öffentlichen oder kommunalen Konsultationen sind sie es, die die Sichtweise und die Perspektive der lokalen Bevölkerung zusammentragen, dokumentieren und an Entscheidungsträger weitergeben können. Wichtig ist dabei die Berücksichtigung der unterschiedlichen Perspektiven, also beispielsweise auch die der MNLF.

Der philippinischen Zivilgesellschaft kommt außerdem die Rolle zu, in den betroffenen Kommunen die Aufmerksamkeit für den Friedensprozess zu stärken und Informationen über ihn zu verbreiten. Dies gilt besonders für Kommunen, die bislang abgeschnitten sind vom Informationsfluss darüber.

## Der Friedensprozess auf Mindanao

Im Jahr 2012 haben die philippinische Regierung und die separatistische Moro Islamic Liberation Front (MILF) ein Rahmenabkommen unterzeichnet, mit dem eine muslimisch geprägte Autonomie-region Bangsamoro geschaffen werden soll. Am 27. März 2014 folgte das „Umfassende Friedensabkommen zu Bangsamoro“ als wichtiger Schritt zur Beendigung des jahrzehntelangen Gewaltkonflikts auf der Insel Mindanao.

Die ungleiche Verteilung von Land und anderen Ressourcen sowie die dauerhafte wirtschaftliche, soziale und politische Marginalisierung der muslimischen Bevölkerung begründen deren Kampf um einen unabhängigen Status. Von Marginalisierung am stärksten betroffen ist aber vielerorts die sehr heterogene indigene Bevölkerung Mindanaos. Nur schwach organisiert, werden ihre spezifischen Interessen und Rechtsansprüche kaum wahrgenommen. Auch in den laufenden Friedensprozess zwischen MILF und Regierung sind sie nur unzureichend eingebunden. Gesetzliche Vorgaben, die die Umwelt im Kontext von Rohstoffabbau schützen und eine Partizipation der betroffenen indigenen Gruppen ermöglichen sollen, werden nur unzureichend umgesetzt.

Ein nachhaltiger Frieden braucht selbstverständlich mehr als ein Rahmenabkommen. Zudem beeinflussen sich die Konfliktdynamiken auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gegenseitig und erschweren die dauerhafte Beendigung der Gewalt. Deshalb stärkt der ZFD die Zivilgesellschaft als unabhängigen

Auf den gesamten Transformationsprozess der Philippinen bezogen, ist es vor allem wichtig, die Zivilgesellschaft in den Bereichen der strategischen Politikbegleitung und der Advocacy zu stärken. Das wird dem Friedensprozess zugutekommen.

Akteur für Frieden und Gewaltfreiheit und fördert den konstruktiven Dialog zwischen den verschiedenen Ebenen und Konfliktparteien, insbesondere den christlichen, muslimischen und indigenen Bevölkerungsgruppen. So wurde der Friedensprozess zwischen philippinischem Staat und MLIF unter anderem durch die Schulung von Mitgliedern des Verhandlungspanels der Regierung, die Vernetzung von Friedensakteuren, die Stärkung ihrer Advocacy- und Medienarbeit und die Initiierung von Dialogprozessen zwischen Zivilgesellschaft, Regierungsvertretern und bewaffneten Akteuren maßgeblich unterstützt.

Auf Gemeindeebene werden indigene Gruppen durch die Aufklärung über ihre Rechte und administrative Regelungen des Ressourcenabbaus befähigt, ihre Interessen aktiv zu verfolgen. Gemeindeverwaltungen wiederum haben damit begonnen, ihre Gemeindeentwicklungspläne konfliktensibel zu erstellen. Die in ziviler Konfliktbearbeitung geschulten Akteure vermitteln erfolgreich in Konflikten um Land oder zwischen Clans und Familien. Damit werden gegenseitiges Verständnis gefördert, Vorurteile abgebaut, Verteilungskonflikte bearbeitet und es wird einer Gewalteskalation entgegengewirkt.

Quelle: <http://www.giz.de/Entwicklungsdienst/de/html/2051.html>

Auch wenn die Verfassung ein gänzlich neues Dokument für die Region ist, sollte man, wenn man sie erstellt, doch die Lehren aus der Vergangenheit berücksichtigen. Erfolge sind bei dem Aufbau von Frieden ebenso wichtig wie das Lernen aus Fehlschlägen. Die Zivilgesellschaft kann dabei ihre volle Erfahrung einbringen – Erfolgsgeschichten zum

Im Rathaus von Kolambugan erstellt ein Mitarbeiter von ECOWEB für die Bewohner der von Konflikten betroffenen Gemeinde Lumbac eine Genealogie. Mit dieser Methode können gemeinsame Ahnenbeziehungen herausgearbeitet und für die Konfliktbewältigung genutzt werden.



Foto: ECOWEB

Beispiel aus den Bereichen der politischen Partizipation, der Bearbeitung von Konflikten um Ressourcen, nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung oder der Einrichtung zivilgesellschaftlicher Dialogplattformen. Je mehr Erfahrung in den Prozess einfließt, desto größer ist die Chance, dass sich gute Ideen durchsetzen.

### | Sensibilisierung der Bevölkerung in Bangsamoro

Die Friedensarbeit von ECOWEB zielt darauf ab, die Stimmen und die Sichtweisen der lokalen Bevölkerung in den Friedensprozess einzubringen. Die Verfassung darf nicht ohne sie geschrieben werden. Die BTC und die philippinische Regierung müssen also die Fragen, Sorgen und Bedürfnisse der Menschen in den Kommunen zu Gehör bekommen. Die fortbestehenden Ängste und Vorurteile, insbesondere bei den Nicht-Moro und bei der Führungsriege der MILF in der Region, müssen dringend angegangen werden, denn sie sind eine ernsthafte Bedrohung für das Friedensabkommen.

ECOWEB plant daher, zivilgesellschaftliche Anstrengungen zur Bildung von Friedens-Gemeinschaften durch den Dialog mit Kommunen und Bezirken weiter zu stärken. Neben der Advocacy-Arbeit mit dem Ziel, die Verfassung für Bangsamoro in Kraft zu setzen, ist besonders auch die Sensibilisierung der betroffenen Bevölkerung Schwerpunkt der Arbeit von ECOWEB.

Eine Politikwissenschaftlerin und Ethnologin aus Deutschland, eine ZFD-Fachkraft der GIZ, unterstützt die ZFD-Partnerorganisation durch fachliche Beratung, institutionelle Begleitung und Trainings: Sie wirkt an der inhaltlichen Planung und Durchführung von Dialog-Aktivitäten und Veranstaltungen mit und trainiert die Mitarbeitenden von ECOWEB in Methoden der Konfliktanalyse und gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Bei Feldbesuchen begleitet sie sie und unterstützt sie dabei, ihr Wissen in den Gemeinden anzuwenden und weiterzuvermitteln.

In zahlreichen Aktivitäten engagiert sich ECOWEB für Dialog und Versöhnung: Im Cinema for Peace zum Beispiel werden einem breiten Publikum Filme gezeigt, die sich mit dem Konflikt in Mindanao beschäftigen und Ausgangspunkt für Diskussionen sind. In einem Mediationsprozess zwischen christlichen und muslimischen Kokosnussbauern, der beispielhaft für viele andere Landnutzungsstreitigkeiten in Mindanao steht, ist ECOWEB federführend.

Direkt in den Prozess der Stärkung lokaler Gemeinschaften involviert zu sein und gleichzeitig Partnerschaften zur Transformation von Konflikten um Land und Ressourcen zu bilden, sind wichtige Bausteine für einen bleibenden Frieden. ECOWEB arbeitet zudem in den Bereichen nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz – insgesamt eine umfassendere Friedens- und Entwicklungsarbeit. Wir erhoffen uns dadurch mehr Erfolgsgeschichten und mehr Erkenntnisse für die Zukunft der Menschen unseres Landes und besonders für den nachhaltigen Frieden für die Bangsamoro-Region.

Die Erfahrungen, die ECOWEB durch seine Arbeit gewinnt, teilt die Organisation übrigens auch auf internationaler Ebene: Sie ist Mitglied des Exekutivkomitees der „Beyond 2015“-Kampagne und hat unter anderem an der internationalen zivilgesellschaftlichen Konferenz zur Stärkung der globalen Post-2015-Nachhaltigkeitsagenda 2013 in Bonn teilgenommen. Die Ergebnisse der Konferenz mit mehr als 300 Vertreterinnen und Vertretern aus der Zivilgesellschaft waren Teil des Prozesses zur Formulierung globaler Nachhaltigkeitsziele beitragen, den Sustainable Development Goals (SDGs).

Übersetzung: Sebastian Bonse



**Regina „Nanette“ Salvador-Antequis**

ist Direktorin der philippinischen nichtstaatlichen Organisation Ecosystems Work for Essential Benefits (ECOWEB).

## Recht auf persönliche Selbstbestimmung und politische Teilhabe

# Widerstand auf Palästinensisch

## Gewaltfreie Initiativen in der Westbank

| Martin Schäuble

Steine werfende Jugendliche prägen das Bild des Protestes der palästinensischen Bevölkerung, sie sind aber eigentlich eine Randerscheinung. In der Westbank gibt es regelmäßig gewaltfreie Demonstrationen ganzer Dörfer – wichtige Beispiele für friedensförderndes Engagement aus der Zivilgesellschaft. Deren Initiativen haben allerdings auch ihre Schwächen. Mitarbeiter des Zivilen Friedensdienstes beraten palästinensische Organisationen vor Ort.

Mohammed Abu Rahme steht vor seinem kleinen Laden in Bil'in und wartet auf seine Mutter. Immer freitags, nach dem mittäglichen Gebet, strömen Dutzende aus der Moschee und fahren mit Autos zur Mauer. Immer freitags protestieren die Palästinenserinnen und Palästinenser auf den Feldern vor der streng bewachten Barriere, die von der israelischen Regierung errichtet wurde. Immer freitags werden manche von Gummigeschossen und Tränengas verletzt. Seit dem Beginn der Proteste gab

es zwei Tote. Munition, die nicht von Gummi ummantelt ist, wird auch eingesetzt. Immer freitags ist Mohammed Abu Rahme dabei, sobald die Mutter ihren 20-jährigen Sohn an der Kasse des kleinen Ladens ablöst.

Das Dorf, wenige Autominuten westlich von Ramallah, ist eine Protesthochburg in Palästina. Und die wöchentlichen Demonstrationen gegen die laut internationalem Recht illegale Besetzung und Mauer sind immer wieder in den Schlagzeilen. Weltweit. Ein Komitee in der rund 2000 Einwohner zählenden Gemeinde entscheidet, wie und wo demonstriert wird. Dieses Gremium wiederum organisiert sich in einem Dachverband, dem andere Protestdörfer angeschlossen sind, dem „Popular Struggle Coordination Committee“ mit Sitz in Ramallah.

Einer der internationalen Kooperationspartner dieser Organisation hat seinen Sitz 3065 Kilometer Luftlinie entfernt, im Wendland. Die „Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion – KURVE Wustrow“ hat drei Friedensfachkräfte entsandt, um Initiativen

wie in Bil'in zu stärken. Zwei davon – einer ist der Autor dieses Artikels – arbeiten in der Westbank. Eine Mitarbeiterin ist in Israel, in Tel Aviv, tätig. Sie unterstützt die „Coalition of Women for Peace“, deren Mitglieder, auch in Dörfern wie Bil'in, an der Seite von Palästinensern demonstrieren.

### | Fünf Kameras, zerschossen oder von Siedlern zerstört

Die israelische Organisation kennt die Fakten. Der israelische Mauerbau kostete die Dorfbewohner mehr als die Hälfte ihres Farmlandes. Für ein sehr traditionelles Dorf, in dem viele von dem leben, was auf ihren Feldern wächst, eine Existenzfrage. Eine ganze Reihe von Filmen macht auf das Schicksal dieser Menschen aufmerksam. Der wohl bekannteste von ihnen ist der 2013 für den Oscar nominierte Dokumentarfilm „5 Broken Cameras“. Der Farmer Emad Burnat verlor beim Filmen der Demonstrationen fünf Kameras. Sie wurden nach und nach entweder vom israelischen Militär zerschossen oder von Siedlern zerstört. Sein Film zeigt auch, vielleicht nicht gewollt, die Schwächen solcher Initiativen, die aus der Zivilgesellschaft heraus entstehen: Eine Handvoll charismatischer Protestteilnehmer motiviert viele und sorgt für medienwirksame Ideen. Wenn sie inhaftiert sind, verletzt oder getötet wurden, braucht die Protestgemeinde Zeit, um wieder zu sich zu finden, sich wieder zu organisieren.

Auch zeigt der Film, was ein Besucher der Proteste in Bil'in selbst sofort sieht: Ein gutes Drittel der Teilnehmenden kommt nicht aus Palästina, sie reisen aus Israel und vor allem dem europäischen Ausland an. Es wird Hebräisch, Spanisch, Englisch, Italienisch und Deutsch gesprochen. Das stärkt zwar zum einen die Palästinenser, weil sie sehen,

**Verkleidet als Funkgerät des israelischen Militärs: Ein Palästinenser protestiert auf seinem Traktor gegen die Besetzung und die israelische Sperranlage.**



Foto: Martin Schäuble

Foto: Martin Schäuble



dass sie nicht alleine sind. Doch es birgt die Gefahr, dass die palästinensische Zivilgesellschaft sich bevormundet fühlt. Ein heikles Thema, dessen sich auch die KURVE Wustrow als ausländischer Akteur bewusst ist.

„Initiativen stärken, nicht inhaltlich beeinflussen“ ist ein Motto in diesem sensiblen Konfliktfeld. Und für die Mitarbeiter der KURVE Wustrow gilt: „Mit Aktiven arbeiten, aber kein Aktivist sein“. Es geht im Kern um die Vermittlung von Kompetenzen, wie man mit konsequentem Verzicht auf Gewalt Veränderungen herbeiführen kann. Die deutsche Organisation hat ihre Erfahrung jahrzehntelang im Widerstand gegen Atomkonzerne und sie fördernde Regierungen gemacht. Zwei zentrale Fragen betrifft dies in Palästina: Wie kann das strategische Arbeiten der palästinensischen Organisationen professionalisiert werden? Wie deren Medien- und Öffentlichkeitsarbeit? Nun werden die in Deutschland gewonnenen Erkenntnisse nicht 1 zu 1 übertragen. Im Gegenteil: Gemeinsam mit den palästinensischen Partnern wird nach Lösungen gesucht.

Die Frauen in traditionell geprägten Dörfern wie Bil'in nehmen kaum an den Mauerprotesten teil. Von einem gesamtgesellschaftlichen Freitagsprotest kann hier also nicht gesprochen werden. Doch es gibt Dörfer wie Nabi Saleh, in denen es gerade die aktiven Frauen sind, die in diesen Monaten die Schlagzeilen bestimmten. Zuletzt war es Manal Tamimi, von der auch in der israelischen Presse zu lesen war.

Sie sitzt im großen Wohnzimmer zwischen Fernseher und Arafat-Porträt. Sie spricht über den israelischen Soldaten, der sie vor einer Woche mit Gummigeschossen verletzt hat, als sei er ein kleiner Junge. „Er war sicher neu in der Armee und kannte sich nicht aus. Vielleicht hatte er auch Angst.“ Der Soldat feuerte die Munition aus einem Meter Entfernung auf Manal Tamimi ab. Sie hatte nach eigenen Angaben versucht, das israelische Militär daran zu hindern, ein Haus mit Tränengas zu beschießen, in dem zu dem Zeitpunkt Kinder untergebracht waren.

Sie ist jeden Freitag beim Protest, die Verletzung wird daran nichts ändern. „Ich gehe jeden Freitag dorthin und rechne damit, getötet zu werden.“ Wie man mit dieser Angst leben kann? „Nabi Saleh besteht aus 600 Bewohnern. Alle gehören zur gleichen Familie. Das macht es einfacher für uns. Wir wissen, wenn etwas passiert, dann sind andere für uns da.“

Nabi Saleh ist hier keine Ausnahme. Oft sind es Familienclans, die ein Dorf prägen. In Bil'in ist es die Familie von Mohammed Abu Rahme, der 20-jährige Mann, der in dem kleinen Lebensmittelladen arbeitet. Dies stärkt zum einen den Zusammenhalt, kann aber auch zu Problemen führen, wenn die unterschiedlichen Familienclans gemeinsam über die Dörfer hinweg etwas organisieren wollen.

So sind Konkurrenz um internationale Aufmerksamkeit und Fördermittel bei palästinensischen Organisationen spürbar, die sich dem gewaltfreien Widerstand verschrieben haben. Große und gemeinsame Aktionen sind eher selten, oft sind es die einzelnen Dörfer, die auf sich aufmerksam machen.

Auch die Nähe zur palästinensischen Regierung scheint für manche Gruppen ein Problem zu sein. Zum einen wollen sie alle Menschen zur Teilnahme am Protest bewegen, zum anderen soll sich dieser Protest offenbar vor allem gegen die israelische Besatzung richten. Im Klartext: Nicht gegen die eigene Regierung, die, wenn man mit Palästinensern auf der Straße spricht, wiederum oft sehr schlechte Noten bekommt.

Die Friedenstaube als symbolischer Rammbock. Bis kurz vor die Mauer schaffen es die internationalen und palästinensischen Aktivisten bei einer Demonstration in Bil'in mit dem Papptier. Tränengas zwingt die Protestler wieder zum Rückzug.

Ein Imageproblem bringt den Protesten eine spezielle Gruppe von Kindern und Jugendlichen. Sie schleudern Steine in Richtung der Soldaten oder werfen die Tränengaspatronen zurück zum israelischen Militär. Auch wenn sie nur eine Minderheit darstellen, so ziehen sie doch immer wieder die Aufmerksamkeit der Medien auf sich – für die ein Zehnjähriger mit Steinschleuder in der Hand, von Tränengas umnebelt, oft attraktiver ist als eine italienische Theatergruppe, die vor der Mauer eine amüsante Solidaritätsveranstaltung für die Protestler gibt. Für die KURVE Wustrow ist hier genau es Hinsehen und Nachfragen erforderlich. Der Steinewerfer ist eine Randerscheinung. Wenn er das Bild des Protestes nach Außen dennoch prägt, so kann mit den palästinensischen Partnern überlegt werden, mit welchen gewaltfreien Aktionen stärkere Bilder produziert werden können.

Am Rande des Protestes in Bil'in steht Emad Burnat, der Filmemacher von „5 Broken Cameras“. Sein Film, der einen israelischen Co-Regisseur hatte, ist aus den Kinos und inzwischen auf DVD gebrannt. Auch der Vater des 20-jährigen Mohammed Abu Rahme kommt darin vor. Emad Burnat steht neben einem Olivenbaum und schaut auf die Demonstranten, auf die es innerhalb von zehn Sekunden Dutzende Kartuschen Tränengas hagelt. So wie sie nicht aufhören zu protestieren, so kann auch er nicht aufhören. In seiner Hand hält er eine kleine Kamera. Er schaut kurz auf, sein Blick wie im Film müde und ernst: „Es ist meine sechste.“ Vermutlich werden es noch mehr werden. Auch während die israelische Armee den Gazastreifen bombardiert und die Hamas Raketen auf Israel abfeuert, halten die Proteste in der Westbank unvermindert an. | |



**Dr. Martin Schäuble** ist Politikwissenschaftler, Sachbuch- und Romanautor und arbeitete als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst für KURVE Wustrow in der Westbank.

## Recht auf persönliche Selbstbestimmung und politische Teilhabe

# Wenn Gegner die Waffen niederlegen

## Die Arbeit der Combatants for Peace in Israel und Palästina



Foto: Combatants for Peace

Demonstration der Combatants for Peace im Mai 2014 in Beit Jala. Die palästinensische Stadt liegt nahe Bethlehem. Israelis und Palästinenser forderten gemeinsam Freiheit, Gleichheit, Versöhnung und Unabhängigkeit für Palästina.

was diese Mutter durchmachen musste.“ Diesen Leitsatz hat er sich auf seinem weiteren Lebensweg bewahrt. 2005 bis 2006 absolvierte er einen Austauschstudiengang, in dem er gemeinsam mit Palästinenserinnen und Palästinensern studierte und die Menschen hinter dem Gegner kennenlernte. „Das macht auch die Arbeit der Combatants for Peace aus: Man lernt den Menschen kennen, nicht den Feind.“

Damit das schon in frühem Alter beginnen kann, hat Itamar Feigenbaum einen Kindergarten für palästinensische und israelische Kinder ins Leben gerufen. Vor allem aber ist er heute Israel-Koordinator der Combatants for Peace – eigentlich eher aus Zufall, wie er erzählt. Er wollte sich bei einer Frauenrechts-Organisation in Israel engagieren. Die nahm damals nur Aktivistinnen auf und empfahl ihm, zu den Combatants for Peace zu gehen.

### | Die Wut wurde immer größer

Yosry Alsallamin ist sein palästinensischer Counterpart bei der Organisation. Auch er ist über seine persönliche Geschichte zu den Combatants gekommen: „Als Kind wusste ich nicht, dass ich in einem besetzten Gebiet aufwuchs, ich wusste nichts über einen Konflikt. Alles, was ich kannte, waren die regelmäßigen Kontrollen unserer Schule durch Soldaten der israelischen Armee. Morgens standen sie mit Panzern vor unserer Schule und wir Schüler mussten uns stundenlang aufstellen. Das hat uns Kinder damals wütend gemacht – so wütend, dass wir irgendwann anfangen, die Soldaten anzugreifen.“ Yosry Alsallamin warf in seiner Jugend immer wieder mit Steinen und Brandbomben, er saß deswegen zwei Jahre im Gefängnis und seine Wut wurde immer größer. Er schloss sich mit anderen zusammen, um in der ersten Intifada gegen die Israelis zu kämpfen. Erst das Abkommen von Oslo von 1993 sorgte für ein vorläufiges Ende der Gewalt. Danach änderte sich etwas

### | Sebastian Bonse

Früher haben sie auf unterschiedlichen Seiten gekämpft, heute setzen sie sich gemeinsam gegen Gewalt ein: die Combatants for Peace. Der Konflikt hat die ehemaligen Gegner zusammenwachsen lassen. Seit 2001 Partner des Zivilen Friedensdienstes, stärken sie zivile Konfliktbearbeitung auf lokaler Ebene: ein erfolgreiches Beispiel für Friedensarbeit im Rahmen politischer Partizipation.

Yosry Alsallamin schaut schuldbewusst: „Manchmal fragt mich meine Frau, mit wem ich eigentlich verheiratet bin – mit ihr oder mit den Combatants for Peace.“ Itamar Feigenbaum sitzt ihm verschmitzt lächelnd gegenüber: „Bei mir war es das Gleiche – inzwischen nehmen wir unsere Familien einfach mit zu vielen Treffen und Aktionen.“ Beide sind für die Combatants for Peace tätig, eine Organisation, in der ehemalige Kämpferinnen und Kämpfer beider Seiten des israelisch-palästinensischen Konfliktes zusammenarbeiten. Davon, dass beide einmal Gegner waren, merkt man beim Gespräch mit ihnen nichts.

Itamar Feigenbaum hat im Rahmen des dreijährigen Militärdienstes für Männer als Fallschirmjäger im israelischen Militär gedient: „Bei meiner Arbeit in den palästinensischen Gebieten oder auch wenn ich im Libanon auf Palästinenser getroffen bin, habe ich niemals Hass empfunden. Es war ein Job für mich, die Aufgabe war mein Land zu verteidigen. Ich erinnere mich an einen Tag in Awarta, bei dem wir mit diesen riesigen Steinen beworfen wurden und ich weiß noch, dass ich es nicht persönlich genommen habe, ich dachte nur: ‚Das gehört eben zu dem Job dazu‘. Ich habe keinen Ärger verspürt.“

Während seiner Dienstzeit im Libanon verlor Itamar Feigenbaum einen seiner Soldaten durch eine Landmine. Diesen Verlust hat er bis zum heutigen Tag nicht vollständig verarbeitet: „Ich war dort, als er gestorben ist, die Erde ist auf mich niedergeprasselt und einen Tag später habe ich die Mutter, den Vater, die Schwester und die Töchter getroffen, die zur Beerdigung gekommen sind. Da habe ich mir gesagt, keine Mutter soll das erleben müssen,





Foto: Knut Simon

entscheidend in Yosry Alsallamins Leben: Er heiratete und bekam sein erstes Kind – ein Mädchen.

Bei der zweiten Intifada, im September 2000, sagten ihm viele der alten Aktivisten, dass die Zeit gekommen sei, wieder zu kämpfen. Doch Alsallamin war da nicht mehr dabei: „Ich hatte jetzt eine Familie, damit war ich nicht mehr für mich allein verantwortlich, ich wollte nicht, dass meine Tochter ohne ihren Vater aufwachsen muss.“ Einer von denen, die seine Entscheidung nicht verstanden, sein Freund Naser, starb während der zweiten Intifada. Nasers Frau bekam am Tag seines Todes ihr erstes Kind, einen Sohn.

Yosry Alsallamin, der es nicht fertigbrachte, der Frau die schreckliche Nachricht an jenem Tag zu überbringen, hat auch heute noch Tränen in den Augen, wenn er von Naser und seinen anderen Freunden erzählt, die dem Konflikt zum Opfer gefallen sind: „Ich wollte etwas ändern, wollte, dass der

Yosry Allsallamin (links), Koordinator des palästinensischen Zweiges der Combatants for Peace, und Itamar Feigenbaum (rechts), Koordinator des israelischen Zweiges, im Gespräch.

Konflikt ein Ende hat. Ein Freund von mir, Abu Kiresh, erzählte mir von den Combatants for Peace, die sich mit uns treffen wollten. Widerwillig ging ich zu den ersten Treffen, anfangs war ich sehr misstrauisch. Erst über Monate und Jahre baute sich langsam Vertrauen auf und die Combatants for Peace wurden für mich zu dem, was sie heute sind.“

Die Combatants starteten als Forum, in dem sich die Gegner trafen, um über ihre Erlebnisse und Erfahrungen zu sprechen. „Bei dem ersten Treffen habe ich gedacht: Die

Leute sind sicher alle vom Geheimdienst und hier, um uns auszuspionieren“, erinnert sich Yosry Alsallamin. „Über den Austausch merkten wir dann nach und nach, dass wir ähnliche Dinge durchgemacht haben und dass wir uns insgesamt ähnlicher sind, als wir vermuteten“, ergänzt Itamar Feigenbaum.

Diese Arbeit fand großen Anklang und weitete sich bald auf andere Aktivitäten aus. Inzwischen werden die Combatants von einer Friedensfachkraft des Forum Ziviler Friedensdienst (*forumZFD*) unterstützt. Am

### Ermutigendes Beispiel für einen Weg des Dialogs



Foto: Knut Simon

Im Mai 2014 wurden die Combatants for Peace in Bonn mit dem „Friedrich Siegmund-Schultze Preis für gewaltfreies Handeln“ ausgezeichnet. Der Preis wird seit 1994 von der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)“ an Initiativen und Personen vergeben, die Widerstand

gegen Gewalt praktizieren und zum Friedenshandeln ermutigen.

Renke Brahms, Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Laudator lobt bei der Preisverleihung in der Evangelischen Akademie im Rheinland: „100 Jahre sind seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges vergangen. Heute wissen wir mehr denn

je, dass zivile Lösungen Vorrang vor militärischen haben müssen. In einem solchen Jahr mit diesem Preis an den Konflikt im Nahen Osten zu denken, finde ich ein wichtiges und richtiges Zeichen. Die Combatants for Peace sind ein ermutigendes Beispiel für einen Weg des Dialogs.“

Der Förderpreis wird in Erinnerung an das friedens- und sozialetische Wirken des evangelischen Theologen Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1969) vergeben, der unter anderem während des Ersten Weltkrieges die Gefangenenseelsorge für Engländer und die Deutsche Kriegsgefangenenhilfe organisierte.

Informationen zum Förderpreis: <http://www.eak-online.de/fss-förderpreis>

Foto: Combatants for Peace



Die Combatants for Peace nutzen auch künstlerische Ausdrucksformen – wie hier bei einer Demonstration nahe Bethlehem im Mai 2014. Die Aktion wurde in Zusammenarbeit mit dem Bread and Puppet Theater durchgeführt.

Foto: Combatants for Peace



israelischen „Memorial Day“ beispielsweise gedenkt die Organisation mit einer Zeremonie nicht nur der gefallenen israelischen Soldaten, wie es die staatlichen Feiern tun, sondern gemeinsam mit den Palästinensern den Opfern beider Seiten. Während der vergangenen Jahre ist die Beteiligung an dieser Zeremonie stetig gewachsen. Anfang Mai 2014 fanden 2700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihren Weg nach Jerusalem.

Immer wieder haben die Combatants for Peace auch künstlerische Aktionsformen, wie das „Theater der Unterdrückten“, in ihre Arbeit und den Protest gegen die Besatzung integriert. Bei Demonstrationen in der Westbank schlüpfen palästinensische Aktivisten in die Rolle des israelischen Militärs, um durch die gespielten Szenen die Situation zu deeskalieren und gewaltfreies Handeln zu fördern. „Eines unserer Mitglieder wurde einmal von einem israelischen Polizisten mit der Begründung festgenommen, er gebe sich in der Öffentlichkeit als israelischer Soldat aus. Erst nachdem wir dem Polizisten erklärt haben, dass es sich um eine Auf-



Foto: Combatants for Peace

führung handelt, kam unser Freund wieder frei“, berichtet Itamar Feigenbaum.

Für Bernhard Hillenkamp, Berater für Nahost beim

*forumZFD*, geht diese Zusammenarbeit im Rahmen des ZFD über den „bloßen Dialog“ hinaus: „Ich benutze gerne den Begriff ‚Diapaxis‘ als Ausdruck dafür, dass im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes durch die Zusammenarbeit ein nachhaltiger Austausch stattfindet, der über das Gespräch und den Dialog zwischen Konfliktparteien hinausgeht. Die Diapaxis, die gemeinsame Arbeit an politischen Zielen, welche die Beziehungen der Vertreter beider Konfliktparteien untereinander stärkt, kann auch neue Perspektiven auf für einen Konflikt wichtige Themen eröffnen.“ Hillenkamp hält einen solchen Austausch, der die Praxis und gemeinsame politische Arbeit einschließt, für unabdingbar in der derzeitigen Situation. Mit den israelischen Sperranlagen sei eine physische Manifestation der Kommunikationsbarrieren zwischen Israelis und Palästinensern entstanden. An diesen Anlagen, aber auch mit dem jüngsten Gaza-Krieg werde das Ausmaß der Probleme sichtbar

und die Notwendigkeit, wieder in einen politischen Dialog und die „Diapaxis“ einzusteigen. Dabei kann der Zivile Friedensdienst mit einer Drittparteienintervention helfen beziehungsweise unterstützen.

Auch Christiane Fröhlich, Mitarbeiterin des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, beobachtete in den vergangenen Jahren eine stetige Zunahme des gegenseitigen „Wagenburgdenkens“. Nachdem der Friedensprozess nun gescheitert ist, hofft sie, dass es wieder zu einem Friedensdialog kommen kann: „Ein nachhaltiger Frieden bleibt so lange fern, wie die Berührungspunkte zwischen beiden Gesellschaften, die Möglichkeiten, die beiden konkurrierenden Narrative des Konfliktes – die jüdische und die arabisch-palästinensische – auszutauschen, Mangelware bleiben beziehungsweise bewusst begrenzt werden.“ Hoffnung ruht weniger auf einer schnellen politischen Annäherung, als unter anderem auch auf dem friedenspolitischen Engagement und dem Austausch zivilgesellschaftlicher Organisationen wie den Combatants for Peace.

### | Ein Vorbild schaffen

Für Itamar Feigenbaum sind gesellschaftliche Veränderungen Schritte, die Tag für Tag passieren müssen: „Wir vernachlässigen nicht das große Ganze – wir arbeiten mit

## Der Zivile Friedensdienst

# zfd Ziviler Friedensdienst

den nationalen Medien und versuchen Aufklärungsarbeit zu leisten. Allerdings geht es uns mehr darum, ein Vorbild zu schaffen. Etwas, dem man sich gemeinsam anschließen kann, weil man sich mit dem friedlichen Grundgedanken identifizieren kann. Von dort aus geht es dann weiter.“

Für Yosry Alsallamin und Itamar Feigenbaum bilden Friedensarbeit, Entwicklungszusammenarbeit und Aktivismus ein Dreieck. Die Combatants sehen ihre Aufgabe vor allem darin, durch ihren Aktivismus Frieden zu befördern: „Die wichtigen Dinge entwickeln sich von unten, wir müssen nur immer wieder schauen, ob wir auf dem richtigen Weg bleiben“, sagt Feigenbaum. Alsallamin ergänzt: „Auch wenn die Dinge aufgrund der äußeren Umstände viel Zeit und Anstrengung brauchen, wissen wir, dass wir gemeinsam weiter für Frieden kämpfen müssen.“ | |

Die Gespräche mit Yosry Alsallamin und Itamar Feigenbaum wurden anlässlich der Preisverleihung des „Sigmund-Schultze- Förderpreises für gewaltfreies Handeln“ an die Combatants for Peace im Mai 2014 in Bonn geführt. Bis zum Redaktionsschluss dieses Dossiers ist der Konflikt zwischen Israel und der Hamas eskaliert und zumindest vorläufig wieder beigelegt. Der Gaza-Krieg und die damit verbundenen Opfer auf allen Seiten zeigen in aller Deutlichkeit, wie wichtig eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung ist. Auch wenn sich die Bedingungen für die Zusammenarbeit verschlechtert haben, demonstrieren die Combatants for Peace weiterhin Seite an Seite gegen das Blutvergießen.

Internetseite der Combatants for Peace: <http://cfpeace.org>

Projekt auf der Internetseite des *forumZFD*: <http://www.forumzfd.de/node/829>



**Sebastian Bonse** ist selbstständiger Berater für Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und u.a. für die Öffentlichkeitsarbeit des Konsortium ZFD tätig.

Seit 15 Jahre arbeiten Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten. Derzeit sind es über 200 Friedensfachkräfte in rund 40 Ländern.

Als ein gemeinsam von Staat und Zivilgesellschaft getragenes Programm leistet der ZFD einen Beitrag zur gewaltfreien Konflikttransformation. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert den ZFD im Sinne einer subsidiären Umsetzung der Ziele deutscher Entwicklungs-, Friedens- und Außenpolitik.

Qualifizierte Fachkräfte stärken durch einen zeitlich befristeter Dienst Menschen und Organisationen in Konfliktländern in ihrem Einsatz für den Frieden. ZFD-Projekte werden grundsätzlich gemeinsam mit einheimischen Partnern durchgeführt. Dieser Grundsatz gewährleistet lokale Ownership in Bezug auf die Urheberschaft von Projektzielen und Arbeitsansätzen. Nachhaltigkeit und Breitenwirksamkeit der durch das Projekt aufgebauten neuen Strukturen oder Kompetenzen werden auf diese Weise erhöht. Die Fachkräfte tragen ihre im Partnerland erworbenen Perspektiven und Erkenntnisse während der Dienstzeit im Ausland und nach der Rückkehr in die eigene Gesellschaft zurück und setzen sich für friedenspolitische Anliegen ein.

Die Vielfalt der Ansätze der verschiedenen Träger ist ein Charakteristikum und eine Stärke des ZFD.

Das Konsortium ZFD ist ein Netzwerk, in dem die Träger des ZFD gemeinsam an der Gestaltung, Durchführung und Repräsentation des Programms arbeiten und die gewonnenen Erfahrungen im fachlichen und politischen Raum verbreiten. Einzige staatliche Organisation ist die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Mit

der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst sind die kirchlichen Entwicklungsdienste vertreten. Aus dem Spektrum friedenspolitisch engagierter zivilgesellschaftlicher Organisationen gehören EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst, das Forum Ziviler Friedensdienst (*forumZFD*), der Weltfriedensdienst (WFD), die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), die KURVE Wustrow (Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion) sowie peace brigades international (pbi) zum Konsortium ZFD. Das Konsortium ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt). | |



Foto: EIRENE

Das ZFD-Projekt GENOVICO Mali ist in verschiedenen Regionen Malis tätig. Gewaltkonflikten begegnet es mit Friedensbildung und Aufbau einer Friedenskultur zwischen den Fronten.

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 10-2014 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Sebastian Bonse (im Auftrag des Konsortium ZFD), Heike Staff (Konsortium ZFD), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.: Sebastian Bonse (im Auftrag des Konsortium ZFD)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Die Publikation wurde finanziert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Bestellung bei: kontakt@ziviler-friedensdienst.org

# Welt-sichten

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

## Jetzt 3 Ausgaben kostenlos testen!

Die Welt rückt näher zusammen. **welt-sichten** beleuchtet Hintergründe der Weltpolitik und nimmt ihre Folgen in Schwellen- und Entwicklungsländern in den Blick. Jeden Monat bietet die Zeitschrift Analysen, Reportagen, Interviews und Berichte zu:

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Menschenrechte
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen



**Bestellen Sie ein kostenloses Probeabo**  
 auf [www.welt-sichten.org](http://www.welt-sichten.org)  
 per Telefon: 069/58098-138  
 per E-Mail: [redaktion@welt-sichten.org](mailto:redaktion@welt-sichten.org)